

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22.
Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 1358.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textiloerband Düsseldorf.

Bild der Frühe.

In den graublen Morgen hinein hastet die Arbeit zu zweien, zu drei'n — Junge Mädchen, noch Kinder beinahe, alte, weißhaarige Männer sind da, haften im trüben Laternenschein in den graublen Morgen hinein.

Hast du auch jene Frau erblickt, an ihrer Schulter halbeingekückt ihren zweijährigen Knaben gesch'n? — Ja, sie muß früh zur Arbeit geh'n! Denn wird das Kind zu Fremden geschickt, wenn es auch noch so verschlafen nickt.

Ob dieser Knabe dem Leben glaubt, das ihm den schönsten Schlaf geraubt? Denkt einst der Mann über Jahr und Tag, wie er der Mutter im Arme lag? Ob er dann einer Welt noch glaubt, die ihm als Kind schon den Schlaf geraubt?

Karl Bröger.

Arbeiter und Wohnungsfrage.

In Deutschland wird die Wohnungsfrage schon seit Jahren in aller Deffentlichkeit diskutiert. Reich, Staat, Gemeinden und gemeinnützige Organisationen bemühen sich, bessere Wohnungen zu schaffen. Nur diejenigen, die am meisten an einer gesunden Wohnungsreform interessiert sind, die breiten Arbeitermassen, stehen nicht überall der Wohnungsreformbewegung mit dem nötigen Interesse gegenüber. Daß diese Haltung weiter Arbeiterkreise von den Gegnern einer gesunden Wohnungsreform ausgenutzt wird, braucht kaum erwähnt zu werden. Sie weisen immer wieder mit Genugtuung darauf hin, daß die breite Masse der Mieter mit den bestehenden Wohnungsverhältnissen durchaus zufrieden sei.

Nun ist auch hier in den letzten Jahren insofern eine Besserung eingetreten, als wenigstens auf einzelnen Arbeitervereinstagungen, wie auch auf dem letzten deutschen Arbeiterkongreß, zu Fragen des Wohnungswesens Stellung genommen wurde; auch haben einzelne Verbandsorgane sich mit solchen Fragen befaßt. Doch das allein genügt nicht. Die Arbeiter selbst müssen in den einzelnen Bezirken ihr Interesse der Wohnungsreformbewegung in viel stärkerem Maße zuwenden. Wo sich Wohnungsreformbestrebungen zeigen, da sollten diese von der organisierten Arbeiterschaft weit mehr wie bisher tatkräftig gefördert werden und wo man gesunde Reformbestrebungen zu hindern sucht, da soll in erster Linie die Arbeiterschaft mit dahin wirken, diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

Zunächst ist sie aus rein materiellen Gründen genötigt, diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist leider allzuwahr, daß der Arbeiter einen großen Teil seines Einkommens für Wohnungsmiete aufbringen muß und zwar weit mehr, als sich mit den Grundsätzen einer geregelten Wirtschaftsführung in Einklang bringen läßt. Bei der ersten Beratung des preussischen Wohnungsgesetzentwurfs stellte der preussische Handelsminister fest, daß im Jahre 1905 in Schöneberg bei Berlin von 16000 Familien mit einem versteuerten Einkommen von nicht mehr als 1200 M. die Hälfte mehr als 300 M., d. h. mehr als ein Viertel ihres versteuerten Einkommens für Miete aufwenden mußte. Seit dem Jahre 1905 haben sich aber die Verhältnisse wesentlich verschlechtert. Die Mieten sind seit jener Zeit fortwährend gestiegen. Alle möglichen Anlässe werden von den privaten Hausbauunternehmern und Hausbesitzern dazu benutzt, um die Mietpreise in die Höhe zu treiben. So wurde jüngst bei Inkrafttreten der Wehrvorlage aus verschiedenen Bezirken eine wesentliche Steigerung der Mietpreise gemeldet, namentlich aus Köln, aus dem Ruhrrevier, wie Essen, Bochum und Dortmund und

ferner auch aus dem Magdeburger Bezirk. In Magdeburg haben die Hausbesitzer sogar beschlossen, außer der sofortigen Steigerung im Jahre 1913, noch eine weitere Mietpreissteigerung in Höhe von 15 Prozent eintreten zu lassen, sodaß hier also innerhalb Jahresfrist die Wohnungsmieten sich um 25 Prozent und mehr erhöhen. Das sind zweifellos ganz unerträgliche Zustände.

Nun haben die Gewerkschaften für ihre Mitglieder in den letzten Jahren gewiß recht beträchtliche Erfolge erzielt, bestehend in höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit zc. Diese Erfolge werden aber illusorisch gemacht durch die hohen Mietpreise, die die Industriearbeiter namentlich in den großen Industriestädten zahlen müssen. Die gesteigerten Lebensmittelpreise seien nur nebenbei erwähnt. Die Bemühungen der Gewerkschaften und die erzielten Erfolge kommen also nicht den Arbeitern, sondern in erster Linie den privaten Hausbesitzern und Hausbauunternehmern zugute, die mit staunenswerter Rücksichtslosigkeit zu Werke gehen. Es liegt darum im materiellen Interesse der Arbeiter selbst, daß sie nicht mehr achlos an den Zuständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens vorübergehen. Auch hilft hier kein Klagen und Jammern, sondern hier müssen die Arbeiter praktische Abwehrmaßnahmen treffen.

Auch aus hygienischen Gründen ist das erforderlich. Es steht außer allem Zweifel: der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft leidet unter den unzulänglichen Wohnungsverhältnissen außerordentlich. Manchem Vertrauensmann blutet das Herz, wenn er sieht, in welchen elenden Höhlen viele Arbeiter wohnen müssen! Die Bleichen und krepulösen Kinder, die wir namentlich in den Mietskasernenvierteln großer Industriestädte antreffen, legen heftiges Zeugnis davon ab, wie nachteilig schlechte Wohnungsverhältnisse auf den Gesundheitszustand der Kinder einwirken. Die verschiedensten Krankheiten, besonders aber die Lungentuberkulose und bei Kindern die Rachitis, finden in den unzulänglichen Wohnungen einen fruchtbarsten Nährboden. Der Berliner Arzt Dr. Georg Levi hat Anfang Mai 1912 in einem Referat in der Gesellschaft für soziale Medizin auf Grund der in den Jahren 1910 und 1911 bei 1000 Erstimpfungen im Alter von 5 bis 36 Monaten angestellten Untersuchungen festgestellt, daß nur 2,2 v. H. frei von rachitischen Symptomen, dagegen 97,8 v. H. mehr oder weniger mit Rachitis behaftet waren. Er hat dann zahlenmäßig nachgewiesen, welchen Einfluß die Wohnungsverhältnisse auf die Krankheitserscheinung hatten. Auch die Sterblichkeit, und namentlich die Kindersterblichkeit erreicht in den unzulänglichen Wohnungen einen außerordentlich hohen Grad. Welchen Einfluß gute Wohnungen auf die Sterblichkeit im allgemeinen ausüben, zeigen folgende Zahlen: In der Gartenstadt Hellerau kamen im Jahre 1911 auf 1000 Einwohner 6 Todesfälle. Dagegen starben in Dresden 13,7, in Leipzig 13,8 und in Chemnitz gar 15 v. H. Von 100 Lebendgeborenen starben in Hellerau im ersten Lebensjahre 5, in Dresden 14,81, in Leipzig 17,12 und in Chemnitz 22,3. Auch in der Gartenstadt Hüttenau bei Blankenstein a. d. Ruhr, die seit dem Jahre 1909 besteht, ist der Gesundheitszustand ein ganz ausgezeichneteter. Das ist um so bemerkenswerter, als bei dem Einzug in die Gartenstadt manche in gesundheitlicher Beziehung durchaus nicht einwandfrei waren. Amtmann Thiel aus Blankenstein berichtete über die Sterblichkeit in der Gartenstadt im Westfälischen Wohnungsblatt folgendes:

„Obgleich die Gartenstadt schon 3 1/2 Jahre besteht und allmählich auf 1400 Einwohner angewachsen ist, haben wir erst zwei Fälle ansteckender Krankheiten gehabt, die aber nicht tödlich verlaufen sind. Gestorben sind: 1910 keiner, 1911 ein Erwachsener über 14 Jahre, 1912 ein Erwachsener über 14 Jahre und ein Kind unter einem Jahre, 1913 drei Erwachsene über 14 Jahre, ein Kind unter 14 Jahre und zwei Kinder im ersten Lebensjahre. Statistisch sind das 1911: 2,3‰, 1912: 3,8‰, 1913: 6,6‰. Im Deutschen Reich betragen diese Zahlen 1911: 18,3‰, 1912: 15,9‰. Geboren wurden (in Hüttenau) 1911: 15, 1912: 18, 1913: 88. Statistisch sind das 1911: 85,4‰, 1912: 82,5‰, 1913: 42,1‰. Fürs deutsche Reich waren die Zahlen 1911: 29,4‰, 1912: 28,7‰.

Diese Zahlen besagen uns, welchen großen Einfluß die Wohnungsverhältnisse auf den Gesundheitszustand und die Sterblichkeit der breiten Masse ausüben. Da die Arbeiterschaft in gesundheitlicher Beziehung auch noch sonstigen Gefahren ausgesetzt ist, Gefahren, die sich aus der Art der Beschäftigung, schlechter Ernährung zc. ergeben, so hat sie das größte Interesse daran, daß nicht auch noch durch schlechte Wohnungsverhältnisse diese Gefahren vergrößert werden.

Auf die sittlichen Gefahren, die sich aus den schlechten Wohnungsverhältnissen ergeben, sei noch kurz hingewiesen. Schon der Umstand, daß infolge der unzulänglichen Wohnungen, namentlich die heranwachsenden Söhne und Töchter allzufrüh gezwungen werden, das Elternhaus zu verlassen, ist außerordentlich beklagenswert. Jedenfalls trägt dies nicht zur Hebung des Familienlebens bei. Aber auch die gemeinsame Benutzung der Schlafräume durch Personen beiderlei Geschlechts sowie das Halten von Kostgängern, hat vielfach großes Unglück über manche Familien gebracht. Dabei ist zu bemerken, daß viele Arbeiterfamilien Kostgänger halten, oder sich, trotz zahlreicher Kinder, mit wenigen Wohnräumen begnügen müssen, um die hohen Mieten aufbringen zu können.

Aber alle diese Schäden, die die heutigen Wohnungsverhältnisse in materieller, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung für die Arbeiterschaft mit sich bringen, lassen sich nicht durch passives Verhalten und durch Klagen über hohe Mieten aus der Welt schaffen. Da kann nur durch praktische Mitarbeit etwas erreicht werden. Vor allen Dingen ist hier eine weitgehende Unterstützung der gemeinnützigen Bauvereine, deren namentlich in Rheinland und Westfalen eine stattliche Anzahl bestehen, geboten. Mit derselben Entschiedenheit, mit der die organisierte Arbeiterschaft die antisozialen Strömungen bekämpft, die sich gegen eine weitere Fortführung der Sozialpolitik richten, muß sie auch die schlechten Wohnungsverhältnisse bekämpfen und an einer gesunden Wohnungsreform mitarbeiten.

Die Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

I.

Wir haben früher schon (siehe Nr. 8/1914) auf die Schäden hingewiesen, die die Fabrikarbeit verheirateter Frauen nach sich zieht. Diese Schäden werden u. G. noch viel zu sehr unterschätzt, auch von der Arbeiterschaft. Angesichts dessen scheint es uns angebracht zu sein, in einer besonderen Abhandlung nochmals auf sie hinzuweisen, zumal wir gerade in den letzten Jahren eine stete Zunahme der in Fabriken beschäftigten verheirateten Frauen zu verzeichnen haben.

Die verheiratete Fabrikarbeiterin erfüllt einen Doppelberuf, sie ist Arbeiterin und ist Hausfrau und oft auch noch Mutter. Das bedeutet für sie auch eine Doppelbelastung. Nach der an sich schon ermüdenden und kräfteverzehrenden Fabrikarbeit hat sie noch all jene häuslichen Pflichten wie Einkauf der Lebensmittel, Herrichtung der Mahlzeiten, Flücken, Stricken, Zustandhaltung der Haushaltung usw. zu erfüllen. Diese Arbeiten beanspruchen — sollen sie richtig ausgeführt werden — ebenfalls wieder eine volle Kraft, speziell wenn Kinder vorhanden sind. Diese werden zwar in der Regel, wenigstens tagsüber in Pflege gegeben, aber trotzdem verursachen auch sie der Mutter noch Sorgen und Arbeit genug. Das Los einer solchen Frau ist darum im allgemeinen ein wenig beneidenswertes. Wirkliche Ruhestunden kennt sie kaum, selbst Sonntags wird sie die Last und die Sorgen nicht los. So manches während der Woche Versäumte muß da nachgeholt werden. Man kann bei ihr also ohne Uebertreibung von einer Treitmühle des Lebens sprechen. Diese Ueberlastung kann sie in der Regel nur auf Kosten ihrer Gesundheit tragen. Diese wird sehr oft untergraben; zum mindesten tritt ein vorzeitiger Verbrauch der Kräfte ein. Das ist speziell dann der Fall, wenn sich der Ueberlastung noch eine bürstige oder ungewöhnliche Ernährung beigesellt.

Der durch die Ueberlastung und durch den Mangel an Ruhe geschwächte Körper der verheirateten Frau ist dann auch den der Fabrikarbeit innewohnenden gesundheitlichen Gefahren in besonders hohem Maße ausgesetzt. Ihr fest die heutige intensive Arbeitsweise mit ihrem Hasten und Jagen, das in unserem Verufe übliche unausgesetzte Stehen, die stickige, staubdurchschwangerte Luft zweifellos ganz anders zu, wie der ausgeruhten ledigen Arbeiterin oder dem männlichen Arbeiter. Besonders in den Tagen der Schwangerschaft kann dieser schädliche Einfluß der Fabrikarbeit nicht nur für den Körper der Frau, sondern auch für das keimende Leben geradezu verhängnisvoll werden. In der Regel wird ja auf die verheiratete Frau, selbst wenn sie sich in solchen Umständen befindet, nicht mehr Rücksicht genommen, wie auf jede andere Arbeiterin auch; sie muß mit diesen überarbeiten. Aus Furcht, zur Aufgabe der Beschäftigung veranlaßt zu werden, unterdrückt sie nicht selten ihre Beschwerden.

Die Folgen dieser Einwirkungen der Fabrikarbeit auf die verheirateten Frauen bleiben denn auch nicht aus. Außer verschiedenen Arten von Unterleibsleiden, sind es vor allem Magen und Darmleiden, Krampfadern, Lungenleiden und Brustleiden, Blutarumut und Nierenschwäche, Krankheiten rheumatischer Natur, Herzleiden, Hals- und Kehlkopfleiden sowie Störungen des Nervensystems, von denen gerade die verheiratete Frau sehr leicht heimgesucht wird. Dazu kommen eine verhältnismäßig hohe Zahl von Früh- und Fehlgeburten. Wohl hat die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit sowie der frühere Sonnabendurlaub und die Erweiterung des Wochenrhythmus von sechs auf acht Wochen die gesundheitlichen Gefahren der Fabrikarbeit für die verheirateten Frauen etwas gemildert, beseitigt sind sie noch lange nicht. Ein besserer Schutz der verheirateten Fabrikarbeiterinnen muß darum nach wie vor gefordert werden, nicht nur im Interesse der Frauen selbst, auch im Interesse des kommenden Geschlechts: nur gesunde Frauen vermögen eine gesunde Nachkommenschaft zu erzeugen.

Auch in sittlicher Beziehung gibt die Fabrikarbeit verheirateter Frauen zu manchen Bedenken Anlaß. Zunächst ist es für unsere in der Fabrik beschäftigten Frauen ein peinliches Gefühl — dem sie sich im allgemeinen gewiß nicht ohne Not aussetzen — wenn sie selbst bei vorgeschrittener Schwangerschaft immer noch ihrer Beschäftigung nachgehen müssen. Ernst denkende, gebildete Arbeiter und Arbeiterinnen werden ihr ja stets mit dem erforderlichen Partgefühl begegnen. Leider ist aber dieses Partgefühl nicht bei allen Arbeitern zu finden. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß manchen tiefer stehenden Elementen ihr Zustand Veranlassung zu allerhand anzüglichen und zweideutigen Bemerkungen gibt. Des weiteren wäre es zweifellos auch im Interesse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen angesichts der in manchen Textilfabriken üblichen leichten Bekleidung weit besser, wenn die Frauen, wenigstens bei vorgerückter Schwangerschaft, der Erwerbsarbeit in der Fabrik nicht mehr nachzugehen brauchten. Daß auch die verheiratete Frau in der Fabrik von unzüchtlichen Belästigungen und Zumutungen nicht immer verschont bleibt, geht aus verschiedenen Mitteilungen hervor, die die Gewerkschaftsbeamten gelegentlich der im Jahre 1899 veranstalteten Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen gemacht haben. Ein kath. Arbeiterverein z. B. schrieb dem Inspektor des zweiten Bezirks in Württemberg u. a.:

„Die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken hatte mannigfach zur Folge, daß die betreffenden Frauen auf stilkliche Abwege kamen, der Verführung anheimfielen, moralisch korrumpiert wurden.“

Ein konfessioneller Arbeiterfachverein schrieb desgleichen:

„Es ist Tatsache, daß die abhängige Stellung der Frau vielfach in unzüchtlicher Weise benützt wird, wodurch das Verhältnis zwischen Mann und Frau untergraben wird.“

Auch die Vertrauensmänner der vereinigten Gewerkschaften eines Ortes berichteten, es seien Fälle bekannt geworden, „in denen Frauen in ihrem Verdienst geschädigt wurden, weil sie ihre Ehre wahrten“. Zweifellos sind diese Gefahren einerseits durch das wachsende Standesbewußtsein und Ehrgefühl unserer Arbeiterschaft, andererseits auch durch die wachsame Aufmerksamkeit der gewerkschaftlichen Organisationen im Laufe der Jahre wesentlich gemildert worden, in kulturell zurückgebliebenen, von der Gewerkschaftsbewegung noch nicht erfaßten Industriebezirken aber bestehen sie auch heute noch.

Erwähnt seien dann auch die schlechten Ernährungsverhältnisse in solchen Familien, wo die Mutter der Erwerbsarbeit in der Fabrik nachgeht. Schon die Entwicklung des Säuglings auf dem Mutterarm wird durch sie ungünstig beeinflusst. Die Mutter kann ihn überhaupt nicht oder doch nur sehr unregelmäßig selbst stillen. Es fehlt ihr hierzu sowohl an der nötigen Zeit, als vielfach auch an der erforderlichen Fähigkeit. Die Fabrikarbeit raubt ihr die erstere und nimmt auch ihre Kräfte derart in Anspruch, daß ihr das Stillen zum mindesten sehr erschwert ist. Das Kind muß also künstlich ernährt und dabei meist noch in Pflege gegeben werden. In letzterem Fall ist die Gefahr einer ungewöhnlichen und der Körperentwicklung des Säuglings wenig vorteilhaften Ernährung doppelt groß.

Es ist also durchaus kein Zufall, wenn gerade in Textilorten mit starker Frauenarbeit die Kindersterblichkeit eine verhältnismäßig große ist.

Über auch die Ernährung der Mutter selbst, sowie jene des Vaters und der etwa vorhandenen heranwachsenden Kinder ist in der Regel durchaus ungenügend. Das Essen muß flüchtig vorbereitet und in der Fabrik oder zu Hause während der kurzen Mittagspause in aller Eile gelocht und ebenso eilig gegessen werden. Darum schon läßt es qualitativ sehr zu wünschen übrig, abgesehen davon, daß das hastige Gehen der Mahlzeit der Gesundheit ebenfalls nicht zuträglich ist. Die in der Fabrik erwerbstätige Frau hat aber auch keine Zeit, die Mahlzeiten zweckmäßig zusammenzustellen, unter Berücksichtigung des Nährgehalts der einzelnen Speisen. Dazu gehört neben den erforderlichen Kenntnissen auch Ruhe und Ueberlegung. Sie kann aus denselben Gründen auch die individuellen Bedürfnisse, die vielleicht kränkliche und schwächliche und darum eine besondere Diät erforderliche Körperkonstitution einzelner Familienangehöriger nicht berücksichtigen. So kommt es, daß die Fabrikarbeit verheirateter Frauen auch von den Gesichtspunkten aus zur gesundheitlichen Schädigung Tausender von Einzelpersonen führen kann.

Betont zu werden verdient auch, daß die Ansicht, als ob das durch die Frauenarbeit erworbene Einkommen voller Verdienst sei, irrig ist. Die auf der Fabrik tätige Frau kauft meist teuer. Sie muß in Eile kaufen und geht darum sehr oft in den nächstbesten Kraamladen. Für den Haushalt aber hängt unendlich viel davon ab, ob die Hausfrau in Ruhe den Markt zu besuchen und auch sonst die billigsten Kaufgelegenheiten ausfindig zu machen vermag. Auch die Notwendigkeit, beim Einkauf nur solche Lebensmittel berücksichtigen zu müssen, die sich mit möglichst wenig Zeitaufwand zubereiten lassen, verteuert das Leben. Dazu kommt, daß es bei der Fabrik tätigen Frau kaum möglich ist, etwaige Speisereste wiederum zur Herstellung billiger, aber doch schmackhafter und nahrhafter Mahlzeiten zu verwenden. Ihr fehlt auch hierzu die Zeit, um in Ruhe überlegen zu können.

Endlich sei noch erwähnt, daß in solchen Familien, wo die Frau mit auf der Fabrik beschäftigt ist, auch ein größerer Verschleiß an Kleidern stattfindet. Soll der verhindert werden, dann ist ein ständiges Nachsehen erforderlich. Jeder kleine Miß, jeder Schaden muß sofort festgestellt und ausgebessert werden, speziell wenn Kinder da sind; diese verwickeln ja ohnehin ziemlich viel. Kann die verheiratete Fabrikarbeiterin diese so notwendige ständige Kontrolle mit der nötigen Sorgfalt ausüben? Ist sie in der Lage, nach der ermüdenden Fabrikarbeit noch all die Kleinarbeit umgehend zu erledigen? Ausgeschlossen.

So sehen wir, wie die Fabrikarbeit verheirateter Frauen es geradezu unmöglich macht, rationell, d. h. mit möglichster Sparsamkeit zu wirtschaften. Ein gut Teil des von der Frau erworbenen Mehrverdienstes wird von den erhöhten Kosten der Hauswirtschaft wieder aufgezehrt. Das ist erst recht der Fall, wenn noch ein besonderes Wartegeld für die in Pflege gegebenen Kinder bezahlt werden muß.

Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Deutschland.

3. Gründung und Entwicklung der Gewerkschaften.

Nachdem auf der siebten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, welche vom 22. bis 26. August 1868 zu Hamburg tagte, die Gewerkschaftsfrage schon lebhaft erörtert worden war, erließen von Schweizer, der Nachfolger Ferdinand Lassalle's im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und Fritzsche einen Aufruf im „Sozialdemokrat“, in welchem zur Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses aufgefordert wurde, welcher für den 26. und 27. September nach Berlin einberufen war. Dieser Kongress sollte die Frage der gewerkschaftlichen Organisation beraten. Von Schweizer schrieb im „Sozialdemokrat“ kurz vor dem Kongress einige Artikel über die Gewerkschaftsfrage, in welchen klar zum Ausdruck kommt, daß die Gewerkschaftsgründung hauptsächlich im Interesse der sozialistischen Bestrebungen erfolgte. Er schreibt dort wörtlich:

„Bei uns werden (im Gegensatz zu den englischen Gewerkschaften, d. B.) die Gewerkschaften von Anfang an sozialistisch sein und gerade dadurch den sozialistischen Geist in der Gesamtarbeiterschaft mächtig fördern.“

Anhänger der Fortschrittspartei, u. a. Dr. Max Hirsch, der Verleger der „Berliner Volkszeitung“ Franz Duncker und Schulze-Wechsungen traten gegen den Plan von Schweizer sowie in einem Artikel der „Berliner Volkszeitung“ auf. Auch sie hielten die Gründung von Gewerkschaften für notwendig, doch verworfen sie sowohl die Tendenzen wie die Organisationsform der geplanten, von Schweizerischen Gründung. So war in einer Resolution der Maschinenbauerverammlung vom 24. September ausgeführt:

„Diese Vereinsbildung darf nicht zentralistisch unter dem Befehl eines Diktators und zur Organisierung des sozialen Krieges erfolgen, sondern muß, wie in England, naturwüchsig von unten nach oben entstehen.“

Eine Kommission von 12 Personen war beauftragt, ein Statut für den zu gründenden Gewerkschaftsverein der

Maschinenbauer aufzustellen. Auch sollte sie auf dem von von Schweizer einberufenen Kongress die Maschinenbauer vertreten.

Der Allgemeine deutsche Arbeiterkongress trat am 26. September 1868 zusammen. 206 Delegierte aus 110 Orten vertraten angeblich 142000 Arbeiter. Gleich nach Eröffnung des Kongresses durch von Schweizer kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Lassalleanern und den Anhängern der Fortschrittspartei, die unter Führung von Dr. Hirsch erschienen waren. Letztere wurden mit Gewalt von der Tagung entfernt. Nach einem Referat Fritsches und einer längeren Aussprache beschloß der Kongress, Arbeitervereine nach Berufsgruppen zu gründen, die sich als Zentralverbände über das ganze Reich erstrecken sollten. Diese sollten sich wieder zu einem Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress verbinden. An der Spitze desselben stand ein Präsidium von drei Personen, welches gleichzeitig die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bildete. So war diese Gewerkschaft mit der sozialdemokratischen Parteiorganisation der Lassalleaner direkt organisatorisch verbunden. Als Verbandsorgan wurde ebenfalls das Organ der Partei, „Der Sozialdemokrat“, bestimmt.

Schon zwei Tage nach dem Kongress, am 28. September 1868, unternahm die Anhänger der Fortschrittspartei unter Führung von Dr. Hirsch eine Gegengründung. Es sollten Gewerkschaften gegründet werden, die die Harmonie der Interessen des Kapitals und der Arbeit in den Vordergrund stellten. Die von Dr. Hirsch ausgearbeiteten „Grundzüge zur Konstituierung von Gewerkschaften“ wurden von der in Berlin tagenden Arbeiterversammlung angenommen. Es sollten lokale Ortsvereine nach Berufen gebildet werden, die dann zu nationalen Gewerkschaften zusammengefaßt werden sollten. Die oberste Leitung eines jeden Gewerkschaftsvereins bildete ein Generatrat. Pfingsten 1869 vereinigten sich sechs städtische Gewerkschaften zu einem Verband der deutschen Gewerkschaften S.-D. Die Spitze des Verbandes bildete ein Zentralkomitee. Dr. Max Hirsch wurde Verbandsanwält. Er redigierte auch das Verbandsorgan, den in Berlin herausgegebenen „Gewerkschaftsverein“.

Den schon bei der Gründung in zwei Lager gespaltenen Gewerkschaftsorganisationen stellte die der Internationalen sozialistischen Arbeiterassoziation angeschlossene Sozialdemokratische Partei noch eine dritte Richtung an die Seite. Auf verschiedenen Kongressen der Internationalen Arbeiterassoziation hatte man sich schon mit der Gewerkschaftsfrage befaßt und die Gründung von Gewerkschaften beschlossen. Auf dem Kongress zu Eisenach vom 7. bis 9. August 1869, auf dem sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei konstituierte, wurde die Bildung von Gewerkschaften auf internationaler Grundlage empfohlen und auch durchgeführt. Diese lokalen Gewerkschaften und die der Internationalen Arbeiterassoziation angeschlossenen politischen Arbeitervereine wurden in ein Parteilverhältnis zueinander gebracht. „Der Volksstaat“, das zu begründende Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wurde auch das Organ dieser Gewerkschaften.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war somit bei der Gründung schon aus parteipolitischen Motiven in drei Richtungen gespalten. In den beiden sozialistischen Gruppen wollte man mit den Gewerkschaftsorganisationen hauptsächlich politische Bestrebungen fördern. Wie „Der Volksstaat“ schrieb, sollten die Gewerkschaften sein „die Exerzierplätze, die Manöverfelder, auf denen die Soldaten des Sozialismus geschult werden“. Die drei Richtungen bekämpften sich gegenseitig auf das heftigste und zwar meist in der auch heute noch der Sozialdemokratie eigenen ungeschicktesten persönlichen Weise, besonders die beiden sozialdemokratischen Gruppen. Im eigenen Lager hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften zahlreiche Gegner, selbst die Führer machten ihnen nur geringe und vorübergehende Bedeutung bei. Dazu kamen innere Zwistigkeiten in den verschiedenen Gewerkschaftslagern. Mehrfache Änderungen in der Organisationsform, öftere Niederlagen durch leichtfertig begonnene Streiks, zu deren Durchführung meist die nötigen Mittel fehlten, der Krieg von 1870/71 und später die Bekämpfung und Unterdrückung durch die Behörden, das alles wirkte einer gesunden Entwicklung und erfolgreichen Tätigkeit der sozialistischen Gewerkschaften entgegen.

Als sich ferner die Unmöglichkeit einer durchgreifenden Besserung der Arbeiterlage durch Gründung der von Lassalle propagierten Produktivgenossenschaften zeigte, einigten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien im Jahre 1875 auf dem Parteitage zu Gotha. Die Folge war auch eine Einigung und Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtungen. Eine stärkere Zentralisation wurde angestrebt und eine formelle Trennung von Partei und Gewerkschaft vorgenommen, doch befanden sich die Gewerkschaften nach wie vor in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Partei und blieben deren Rekrutenschulen.

Durch die Einigung und den gesunderen Aufbau der Gewerkschaften machten dieselben jetzt wieder bessere Fortschritte, so daß 1877 bereits 30 zentralisierte Gewerkschaften mit 49000 Mitgliedern bestanden.

Die Polizei war schon seit 1874 an verschiedenen Orten gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften vorgegangen und hatte deren Entwicklung gehemmt. Als dann am 21. Oktober 1878 das Sozialistengesetz erlassen wurde, dessen zweiter Teil sich hauptsächlich gegen die Gewerkschaften richtete, wurden diese empfindlich getroffen und zurückgeworfen. In Zeit von zwei Monaten, bis zum 31. Dezember 1878, waren bereits 16 Zentralverbände aufgelöst. Der Puttkammer'sche Streikerlaß vom 11. April 1886 verhängte noch das

Vorgehen gegen die Gewerkschaften und suchte deren Aktionen überhaupt unmöglich zu machen.

Mit polizeilichen Machtmitteln und Schikanen ließen sich die gewerkschaftlichen Organisationen, deren Notwendigkeit die Arbeiter einmal erkannt hatten, nicht dauernd niederhalten. Die aufsteigende Konjunktur nach 1880 und späterhin ein Umschwung in der öffentlichen Meinung erleichterten die Bildung von Organisationen, die jetzt meist in Form von freien Hilfskassen, nach Berufen gegliedert, als Unterstützungsverbände ins Leben gerufen und ausgebaut wurden.

Nach Beseitigung des Sozialistengesetzes konnten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften innerlich festigen und auch äußerlich gut entwickeln. Am 16. November 1890 wurde eine „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ eingesetzt, die trotz mancher Anfeindungen während der ersten Zeit ihres Bestehens beibehalten wurde und einer einheitlichen Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften sehr förderlich war.

Nachstehende Statistik veranschaulicht die Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften:

Jahr	Sonderberichte	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Einnahmen		Ausgaben		Vermögensbestand
		insgesamt	weibliche	in M.	in M.	in M.	in M.	
1892	56	237 094	4356	2 031 922	50	1 786 271	646 415	
1902	60	783 206	28 218	11 097 744	60	10 005 522	10 253 559	
1912	48	2 530 890	216 462	80 238 575	50	61 105 675	30 797 786	

Für 1912 sind in der Mitgliederstatistik die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter mit zusammen 22 772 Mitgliedern noch hinzuzuzählen.

Scharfmachereien im bayrischen Industriellenverband.

Die organisatorischen Bestrebungen der bayrischen Industriellen haben in den letzten Jahren merklliche Erfolge zu verzeichnen. Nicht nur, daß in der sogenannten Großindustrie der alte Zusammenhalt blieb und vermehrt wurde, nein, auch bis hinein in die Kreise der Kleinen und Kleinsten Fabrikunternehmer und indirekt sogar bis hinein in die nach den organisatorischen Begriffen der Industriellen noch jungfräulichen Kreise des Handwerks, selbst in Kleinstädten und auf dem Lande, drang der Geist des Industriellenverbandes und mancher gerechte Lohnkampf der bayrischen Arbeiterschaft mußte durch diese Einflüsse leiden. Es soll nicht verkannt werden, daß der bayrische Industriellenverband auf dem Gebiete des Verkehrs, der Handelspolitik, des Exportes, bei Ausstellungen, in allgemeinen wirtschaftlichen und zu einem Teil auch in sozialen Fragen despreißeles geleistet hat. Die bayrische Industrie ist zum guten Teil durch die wegnehmende Tätigkeit des bayrischen Industriellenverbandes zu der angesehenen Stellung von heute gelangt. Freilich muß gesagt werden, daß der bayrische Industriellenverband, bei einer Mitgliederzahl von über 5000 mit über 20000 Arbeitern, noch lange nicht die Grenzen des Möglichen erreicht hat, vielmehr wird mit steigender Mitgliederzahl auch sein Einfluß auf allen Gebieten noch mehr als bisher fühlbar werden. Die Lohnarbeiterschaft wird gut tun, diese neuen Erscheinungen gründlich zu beachten und ihre Gegenmaßnahmen in Gestalt einer eifrigen Werbearbeit zum Zusammenbruch des letzten Arbeiters in der Gewerkschaft, systematisch zu treffen. Denn es hat sich immer gezeigt, daß eine starke Arbeiterorganisation selbst der stärksten Arbeitgebergruppe die Stirne zu bieten vermochte.

Nun ist es interessant, aus dem Jahresbericht 1912/13 verschiedene Dinge zu erfahren, die bisher einzelne Industrielle, ja sogar Branchenverbände ablehnten oder ableugneten. In seinem Referat über die „Ziele und Wünsche der bayrischen Industrie“ sprach sich der Syndikus des bayrischen Industriellenverbandes, Dr. Kuhlo, in scharfen Worten gegen die „Kathederpolitiker“ und „Amateurpolitiker“ in der Sozialpolitik aus, die den Unternehmer unpopulär gemacht haben sollen. Wir meinen, nicht die gelehrten Theoretiker haben den industriellen Unternehmer unpopulär gemacht, sondern seine eigenen Praktiken nahmen Zoll um Zoll seiner ehemaligen Popularität. Wichtig ist auch nicht, wenn Dr. Kuhlo sagt, der Unternehmer sei der „einzige Risikoträger“. Der Unternehmer ist wohl hinsichtlich des Geldes und der technischen Verantwortung der Risikoträger. Aber die körperlichen und geistigen Arbeitskräfte des Arbeiters und der Angestellten, welche mit ihrem ganzen verfügbaren Risiko, (ihrer Gesundheit und ihrem Leben) tagtäglich doch auch „hohe wirtschaftliche Funktionen“ ausüben, haben doch auch ein außerordentlich großes Risiko zu tragen. Aber das ist so Unternehmerart!

Bezeichnend ist ferner, daß Dr. Kuhlo sagt, daß bei allen sozialpolitischen Einrichtungen, selten von den Lebensinteressen des Unternehmers gesprochen wird. Wenn das richtig wäre, so müßten wir in Bayern das reinste sozialpolitische Schlaraffenland haben. Das dem aber nicht so, sondern zumeist umgekehrt ist, bewiesen uns die Verhandlungen in den Parlamenten, namentlich bei den Arbeitskammern, bei der Reichsversicherungsordnung und bei einer Reihe anderer Gelegenheiten, wo es im Sinne Dr. Kuhlo's für die Lebensinteressen des Unternehmers rücksichtslos über berechnigte Arbeiterforderungen hinweggegangen.

Ein besonderes Kapitel wird den Tarifverträgen gewidmet. Auf Seite 26 des Berichtes heißt es u. a.:

„Insbesondere seien die sogenannten Tarifverträge hervorgehoben, bezüglich deren der Redner (Dr. Kuhlo) früher den Standpunkt vertreten habe, daß sie zwar nicht für alle Industrien möglich und wünschenswert seien, daß sie sich aber immerhin in einzelnen Industriezweigen ganz gut bewährt hätten, heute müsse er dagegen seine Meinung dahin korrigieren, daß die Tarifverträge dem Arbeitgeber keinerlei Vorteile bringen und nicht geeignet sind, den sozialen Frieden herbeizuführen. Wie an vielen Beispielen aus der Praxis gezeigt werden könne, seien die Tarifverträge keine Verträge, sondern tatsächlich einseitige Bindungen des Unternehmers. Die Klassenkämpfe seien durch die Tarifverträge nur erbitterter geworden, da die Gewerkschaften während der Vertragsperiode ungehindert große Mittel ansammeln können, um den Streit dann um so hartnäckiger durchzuführen. Selbst innerhalb des Buchdruckergewerbes nähmen die Tarifgegner zu, denn immer deutlicher zeige sich, daß die Tarifverträge eine Schraube ohne Ende sind und daß nach Ablauf der mehrjährigen Periode stets neue Forderungen an den unglückseligen Arbeitgeber gestellt werden.“

Das ist genau genommen Scharfmacherei in höchster Potenz, kennzeichnet aber auch zugleich den bayrischen Industriellenverband als eine scharfmacherische Kampfsorganisation. Früher vertrat man den Standpunkt, daß der Tarifvertrag eine feste Gesandung der Branchen bringe, heute vernimmt man ihn, weil er sie angeblich ruiniere. Bewiesen ist von der letzten allgemeinen Unternehmerbehauptung nichts, aber um so hartnäckiger kurbelt sie unter den Kuhloleuten. Der wahre und einzige Grund der Gegnerschaft zu den Tarifverträgen ist darin zu finden, daß nach Abschluß des Vertrages der Unternehmer nicht mehr am Lohne „regulieren“ kann, auf gut deutsch: Verschlechterungen am Lohn und Arbeitsverhältnis nicht mehr so ohne weiteres vornehmen darf.

Das ist des Pudels Kern, und die Sorge darum, daß der Unternehmer nicht mehr rücksichtslos schalten und walten kann und daß angeblich auch der Schein des „Herrn-im-Hause-Standpunktes“ verblasst, trieb den bayrischen Industriellenverband dazu, in so scharfer Form gegen die Tarifverträge zu wettern. Aber es wird auch in der Praxis mit Wasser gelöscht. Die Durchführung der Kuhlo'schen Ideen wird dem bayrischen Industriellenverband noch manche bittere Erfahrung kosten. Man glaube nicht, daß die bayrische Arbeiterschaft so ohne weiteres das in jahrelanger, mühevoller Arbeit aufgebaute Werk der Tarifverträge kampflös zerstören läßt. Der neue scharfe Wind, den die Unternehmer da zu fäen beginnen, wird bei der Lohnarbeiterschaft Sturm erzeugen und sie wird das Erreichte, das Gerechte zu verteidigen wissen.

Der allgemeine Versicherungszwang scheint es den Unternehmern gleichfalls angetan zu haben. Aber bei allen Gegensätzen sollte man wenigstens die Grenzen der Wohlstandigkeit in nicht so maßloser Weise überschreiten, wie es der Bericht durch folgenden Satz tut: „... Der Mangel an Selbstverantwortlichkeit ließe die Kräfte des Einzelnen erschöpfen, Heuchelei und Rentenhygiene mehrten sich von Tag zu Tag.“ Es ist eine Unterstellung leichtfertiger Art, ja eine Beleidigung, die da der Arbeiterschaft zugesagt wird; nicht scharf genug kann dagegen protestiert werden.

Daß der bayrische Industriellenverband auch zum „Koalitionszwang“ und „Terrorismus“ der Gewerkschaften Stellung nimmt und zwar in dem Sinne, daß er für verstärkten Schutz der Arbeitswilligen eintritt, ist selbstverständlich. Doch darüber in der nächsten Nummer.

Allgemeine Rundschau.

Zuversicht.

Der stetigste Begleiter des Gewerkschaftlers muß eine frohe Zuversicht sein. Ohne sie kann er seiner Tätigkeit nicht oder nur in Ausnahmefällen mit Erfolg obliegen. Ein Gewerkschaftler ohne Zuversicht gleicht dem Soldaten ohne Finte. Wie dieser ohne seine Waffe für den Zweck, dem er obliegen soll, durchaus ungeeignet ist, so auch der Gewerkschaftler, der sich nicht mit hoffnungsfreudiger Zuversicht bewaffnet hat. Namentlich für die Agitation ist diese Eigenschaft von der allergrößten Bedeutung. Wie soll man auch in der Tat jemand von der Güte einer Sache überzeugen, wenn man nicht selbst mit allen Fasern seines Herzens an sie glaubt und jeden Augenblick durch alle Stürme hindurch doch gleichsam das Lied ihres endlichen Sieges vernimmt!

Auch auf die Gewerkschaftsbewegung kann man unter gewissen Umständen das Wort Goethes, unseres größten Dichters, anwenden: „Manchmal sieht ihr Schicksal aus wie ein Fruchtbaum im Winter. Wer sollte bei dem traurigen Aussehen desselben wohl denken, daß diese starren Äste, diese zackigen Zweige im nächsten Frühjahr wieder grün werden, blühen, sodann Früchte tragen könnten? Doch wir hoffen's, wir wissen.“ Die Zuversicht, welche der Dichter hier gegenüber dem elementaren Entwicklungsgang der Natur ausdrückt, ist auch gegenüber der Gewerkschaftsbewegung durchaus am Platze. Mag es auch Augenblicke und Zeiten geben, wo eine

Depression über der Gewerkschaftsbewegung liegt, wie der Winter über dem Fruchtbaum, so kann doch die Überzeugung mit vollem Rechte in uns weiterleben, daß bei Umschwung kommen und ein neues Blühen anheben wird. Man kann sogar noch weiter gehen: Die Gewerkschaftsbewegung trägt auch dann ihre Früchte, wenn ein solcher Winter über ihr liegt. Oft ist hervorgehoben worden, daß die gewerkschaftliche Betätigung den Menschen voll und ganz ergreift, mag sie gleich vorwiegend sich auf ein bestimmtes Gebiet seiner Wirksamkeit nur beziehen. Darum ist ihr Einfluß auch dann von größter Bedeutung, wenn in gewerkschaftlichen Fragen direkt einmal nichts zu erreichen ist, dagegen auf anderen Gebieten die frische und frohe Initiative, wie sie die Gewerkschaft anzieht, zu Erfolgen für die Arbeiter führen kann.

Und darum sei immer wieder die Aufforderung ausgesprochen, daß der Gewerkschaftler sich von der Zuversicht bei all seinem Tun begleiten lasse. Er ist ja auch berechtigt dazu, denn in der ganzen Entwicklung der heutigen Verhältnisse ist der Gewerkschaftsgebante so fest verwurzelt und fundamementiert, daß mit ihm gerechnet werden kann, solange eben mit den heutigen Zuständen überhaupt gerechnet werden muß. Ist dies in dem Gewerkschaftler lebendig, dann braucht er nicht mit großer Mühe um die von uns gepriesene Zuversicht zu ringen, sondern sie wird ihm in seinem Innern ganz natürlich entstehen und in dieser Gestalt sein Wirken fruchtbar machen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Unter diesem Titel schreibt Dr. Käthe Schirmacher im „Tag“, Nummer 140 vom 18. Juni 1914. Der Artikel zeigt die Lohnverhältnisse der Frauen im englischen Staats- und Gemeindefienst. Durch eine umfangreiche Erhebung ist nachgewiesen, daß die englischen Frauen für gleiche Arbeit durchweg erheblich niedrigere Löhne oder Gehälter bekommen als die Männer. Anfang Februar haben sich in London die Vertreterinnen aller Frauenberufe mit diesen Tatsachen befaßt. Von dieser Tagung interessiert uns besonders das, was über die Verhältnisse in der englischen Baumwollindustrie gesagt wurde.

In den Baumwollwebereien Englands sind mehr Frauen als Männer beschäftigt. Die Löhne sind dort für männliche wie weibliche Arbeiter die gleichen und durch die gemeinsame Berufsorganisation der Arbeiter und Arbeiterinnen vereinbart. In den Baumwollspinnereien dagegen wird den Frauen nur eine untergeordnete Stellung gestattet. Und auch in dieser Stellung (Piecer oder Unmacher) sind die Löhne bei gleicher Leistung niedriger als für die männlichen Personen. Beweis: Junge Arbeiter haben als Piecer 17 Schilling pro Woche; für die gleiche Arbeit bekommt die Arbeiterin nur 13 Schilling. Dieser große Lohnunterschied besteht, trotzdem die englischen Spinnereiarbeiterinnen auch der Berufsorganisation angehören! Ueberdies ist es gerade die Gewerkschaft, die die Arbeiterinnen dort von den einträglicheren Posten ausschließt.

Auf diese und ähnliche Hinweise folgte eine scharfe Kritik der Vertreterinnen auf der eingangs genannten Tagung. In dem obengenannten Artikel der Dr. Schirmacher heißt es:

„So sind es Willkür, Selbstsucht und Geringschätzung, die der Frau ihre industrielle Stellung anweisen, die Fähigkeit kommt garnicht in Frage, das Geschlechtsvorurteil richtet von vornherein die Schranke auf: Die Frau braucht keinen hohen Verdienst, das Beste ist für den Mann.“

Einige andere Angaben des Artikels lassen die englischen Gewerkschaften in sehr sonderbarem Lichte erscheinen. Es scheint da, als nähmen diese die weiblichen Mitglieder nur zu dem Zweck auf, um die männlichen Arbeiter umso eher vor Nachteil schützen zu können. Im übrigen widerlegt der Artikel einen Einwand, der auch in Deutschland oft genug geäußert wird. Der Mehrverdienst des Arbeiters (bei gleicher Leistung wie der Arbeiterin) wird ja häufig damit gerechtfertigt, daß der Mann doch für eine Familie zu sorgen habe. In England ist jedoch von einer Kommission nachgewiesen worden, daß auch weibliche Erwerbstätige „Familienlasten“ zu tragen haben. Von den Beamtinnen mit über 7 Dienstjahren haben 37%, mit über 10 Dienstjahren 41%, mit über 15 Dienstjahren 43% und mit über 20 Dienstjahren haben 84% Familienlasten zu tragen. Eine gleiche Erhebung über die Arbeiterinnen in Deutschland würde sicher ein ähnliches Resultat ergeben. Für viele brächte eine solche Statistik wohl in überraschender Weise den Nachweis, daß es verhältnismäßig wenige Arbeiterinnen gibt, die „nur für sich zu sorgen brauchen“.

Der ganze Artikel bedeutet für die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands eine Lehre. Es genügt nicht, den Grundsatz „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ nur in der Theorie anzuerkennen. Er muß in der Praxis durchgesetzt werden. Das haben die christlichen Gewerkschaften auch stets getan. Aber mancher einzelne Gewerkschaftler sollte das Vorurteil ablegen, als ob Frauenarbeit schon unter allen Umständen Konkurrenz für die Männer wäre. Bei gleichen Löhnen in gleicher Arbeit ist sie es durchweg nicht. Wohl aber muß Frauenarbeit notwendigerweise zur Konkurrenz werden, wenn es Arbeiter gibt, die es für selbstverständlich halten, daß die Arbeiterin nicht den gleichen Lohn bekommt wie der Mann — bei völlig gleicher Arbeit.

Für ruhig denkende Gewerkschaftler kommen Scheingründe, wie „geringere Leistungsfähigkeit, weniger Bedürfnisse, keine Familienlasten“ nicht in Betracht. Sie prüfen die Berechtigung gleicher Löhne bei gleicher Arbeit vom Standpunkte der Menschlichkeit. Und sie vergessen nicht, daß jeder Grobchen, den die Arbeiterin weniger bekommt, in die Taschen des Arbeitgebers fließt. Aber auch die Arbeiterinnen selbst mögen sich bedenken. Sie haben das größte Interesse an gleichen

Löhnen bei gleicher Arbeit. Ohne starke, kraftvolle Organisation, zusammen mit den Arbeitern, wird das Ziel jedoch nicht zu erreichen sein. Darum ist es Pflicht für jede christlich denkende Arbeiterin, unablässig zu werben unter ihresgleichen. Wenn sich die Arbeiterinnen mehr Einfluss verschaffen in den christlichen Gewerkschaften, läßt sich ihr Streben nach gleichen Löhnen bei gleicher Arbeit viel leichter verwirklichen. F. H.

Christliche Arbeiterbewegung und Wohnungsreform.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften bringt in seiner Nummer vom 22. Juni einen Artikel über die nächstliegenden Aufgaben in der Wohnungsreform. Darin wird vor allem die Frage erörtert, wie die örtlichen Organe der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sowohl mit den gemeinnützigen Bauvereinen in engere Verbindung gebracht, als auch, wie sie die Anregung zur Gründung solcher Vereinigungen geben und selbst in der Wohnungsfrage praktisch Hand anlegen könnten. An vielen Orten fehle unseren Kollegen die fachliche und sachliche Anleitung. In unserer Bewegung sei keine kompetente Stelle vorhanden, die der Wohnungspraxis systematisch nachgehen und den Kollegen im Lande mit Rat und Tat zur Seite stehen könnte. Deshalb sei die Frage zu prüfen, ob es nicht zu ermöglichen wäre, ein besonderes Wohnungsfunktionariat zu schaffen. Ihm würde die Aufgabe obliegen, das Wohnungsproblem gründlich zu studieren, die Entwicklung der staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungspolitik genau zu beobachten und vor allem unsere Mitglieder Anregungen und Anleitung zur Wohnungspraxis zu geben. Ueber die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Einrichtung dürften Meinungsverschiedenheiten wohl kaum aufstehen; und die etwaigen finanziellen Schwierigkeiten müssen zu überwinden sein, wenn die interessierten Organisationen den nötigen Weitsicht nicht vermissen lassen. Am zweckmäßigsten und einfachsten wäre es, wenn die Organisationen des Deutschen Arbeiterkongresses ein solches Wohnungsfunktionariat errichten würden; andernfalls könnte es auch gemeinsam durch die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine geschaffen, vielleicht unter gleichzeitiger Mitwirkung der uns nahestehenden Konsumgenossenschaften.

Einen zweiten, ebenfalls sehr beachtenswerten Vorschlag macht der Zentralblattartikel hinsichtlich der Geldbeschaffung für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Bisher sind die Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung die Hauptgelddgeber für die Arbeiterwohnungs-genossenschaften gewesen. Im Jahre 1913 waren 482,6 Millionen M. für Arbeiterwohnungs-bau angelegt. Diese Quellen versiegen aber allmählich, wenigstens können die Landesversicherungsanstalten den gesteigerten Bedürfnissen nicht genügen, zumal ihnen für die Verwendung ihrer Kapitalien gesetzliche Grenzen gezogen sind. Es müssen deshalb weitere Geldquellen für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau erschlossen werden. Vor allem kämen hier in Betracht für Arbeiterwohnungen die Berufsgenossenschaften und Knappschafts-kassen, für die Angestellten und untern Beamten die Reichsversicherungsanstalt für Privatangestellte. Letztere hat leider im Gegensatz zu der Invalidenversicherung so ungünstige Bedingungen für Baudarlehen gestellt,

daß von einer Erleichterung kaum geredet werden kann. Es wird Aufgabe der Privatversicherer sein, hier Remedur zu schaffen. Als weitere Geldquelle käme in Frage die Deutsche Volksversicherungs-A.-G. Berlin, die in Wäbe über größere Geldbestände verfügen kann.

Dann sollte auch in unserer Bewegung selbst dem Gedanken näher getreten werden, ob es nicht angängig wäre, wenigstens einen Teil des vorhandenen Barvermögens dem gemeinnützigen Wohnungsbau dienstbar zu machen. Dort wäre das Geld jedenfalls vom sozialen Standpunkt aus zweckdienlicher angelegt als auf Sparkassen und privattkapitalistischen Banken, wo das Geld vielfach zu unsozialen Zwecken Verwendung findet. Von großer Bedeutung scheint uns auch der in konfessionellen Arbeitervereinen schon erörterte Gedanke, Sparkassen im Rahmen der christlichen Arbeitervereinigungen zu errichten, um auf diese Weise Kapital für den Kleinwohnungsbau flüssig zu machen. Bei dem heutigen Stand der christlich-nationalen Arbeiter-Organisationen und ihrer Finanzkraft muß es möglich sein, namhafte Summen einem so überaus wichtigen sozialen Zweck dienstbar zu machen.

Diese Vorschläge scheinen uns sehr der Beachtung wert. Wir verhehlen uns allerdings nicht, daß die hypothekarische Anlage und Festlegung selbst eines Teiles der Gewerkschaftsgelder manche große Bedenken gegen sich hat, jedoch scheinen uns die Vorschläge des Zentralblattes wichtig genug zu sein, in den maßgebenden Kreisen unserer Bewegung nach allen Seiten hin besprochen zu werden.

Wo bleibt der Gewinn im Fleischhandel?

Die gegenwärtige große Spannung zwischen Viehpreisen und Fleischpreisen hat unter den Konsumenten-massen große Erregung hervorgerufen. Im Hinblick auf diese Sachlage muß es in der Öffentlichkeit besonders Aufsehen erregen, daß auf der Hauptversammlung des Bundes der Viehhändler Deutschlands am 14. Juni d. Js. in Köln von einer Notlage der Viehhändler geredet wurde. In den Berichten der Tagespresse war darüber zu lesen:

„Zur Notlage des Viehhändlers in Deutschland führte der Vorsitzende aus, daß die Angriffe auf die Viehhändler zu einer öffentlichen Aussprache drängten. Eine Rundfrage habe ergeben, daß 80 Prozent sämtlicher Tiere auf den Märkten mit Verlust für die Besitzer von den Viehhändlern verkauft werden mußten. . . . Festgestellt sei, daß für den Viehhändler bei Ferkelvieh nicht 1 Prozent Verdienst abfalle.“

Sollte dieser Notschrei der Viehhändler berechnigte Unterlagen haben, dann würde damit nur der Beweis erbracht sein, daß die Millionengewinne, die sich aus dem gegenwärtigen großen Unterschied zwischen Vieh- und Fleischpreisen ergeben, ausschließlich von den Metzgermeistern eingehemmt würden. Wenn man aber die Metzger in ihren Innungsversammlungen und auf ihren Tagungen hört, dann geht es auch diesen elend schlecht, auch sie wollen kaum ihr Auskommen haben. Wo bleibt der Gewinn nun hängen? Entweder suchen die Viehhändler die Deffentlichkeit irre zu führen, oder aber die Fleischermeister operieren mit falschen Angaben. Möglich ist's auch, daß beide Teile die Sachlage ver-

schleiern, um ihre Preispolitik ungeführt weiter betreiben zu können, auf Kosten der breiten Volksmassen. So kann es aber nicht dauernd weiter gehen. Ein allgemeiner Sturm der Entrüstung sollte sich gegen die heutige Fleischpreispolitik erheben und solange von der Masse der Konsumenten nachgehalten werden, bis die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände beseitigt sind.

Die Ohnmacht der Gelben.

Es war einmal eine Zeit, in der in Augsburg gelb Trumpf war. Das war in den Jahren von 1905 bis 1909. Von da an ging es wieder bergab, und heute kann von einer besonderen Bedeutung der Gelben in Augsburg keine Rede mehr sein. Jene Personen, die auf Verlangen der Arbeitgeber die Gründung der gelben Vereine besorgten, sind in der Deffentlichkeit ausgeschaltet. Die Namen Weiser, Drentwett, Stöcker und Chatelet haben ihren Klang verloren. Wohl sind ihnen verbüßlich aus ihrer gelben Tätigkeit große materielle Vorteile erwachsen, während die genasführten Arbeiter desto größere Nachteile erleiden mußten.

Was sollte der eigentliche Zweck der gelben Gründungen sein? Man gab vor, „ein Gegengewicht zu schaffen gegen die Klassenverhetzenden und antinationalen Tendenzen der Sozialdemokratie“. In diesem Sinne hielten die gelben Drahtzieher in den Versammlungen ihre Pauten. Der wahre Grund aber war: Der Arbeitgeber wollte „seine Leute“ von den Gewerkschaften — ob sozialdemokratisch oder christlich-national, ist ganz gleich — fern halten, um das Ziel der organisierten Arbeiterschaft, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, hintanzuhalten, um eine demütige willenslose Masse zu erziehen. Leider Gottes waren auch viele Arbeiter auf die gelbe Leimrute getrocknet, zur Freude und zum Nutzen der Arbeitgeber, aber zur Blamage und zum großen Schaden der gesamten Arbeiterschaft.

Nun hat sich das Blatt gewendet. Die irreführende Arbeiterschaft hat zum großen Teil erkannt, wohin die Reise geht und verweigert den gelben Führern die Gefolgschaft. Das kommt deutlich zum Ausdruck bei den sozialen Wahlen. Während die gelbe Liste bei der Gewerbegerichtswahl im Jahre 1907 in Augsburg eine Stimmzahl von 2297 = 7 Weisiger aufbrachte, ist diese Zahl im Jahre 1912 auf 1413 = 3 Weisiger herabgesunken. Die verlorenen Stimmen sind fast restlos den Sozialdemokraten zugute gekommen, ein Beweis, daß durch die gelben Vereine eine innere Unzufriedenheit ausgezogen wird, die dann durch Abgabe eines roten Stimmzettels bei Wahlen zum Ausdruck kommt.

Am schärfsten aber ist die Ohnmacht der Gelben zutage getreten bei den gegenwärtigen Wahlen zum Versicherungsamt. Schon bei den Wahlen zu den Betriebskrankenkassen in Augsburg hielt es den Gelben in mehreren Betrieben schwer, eigene Listen aufzustellen. In einem der größten Textilbetriebe fand sich Gelb und Rot auf einer Liste zusammen. Unter der Protektion der Betriebsleitung stehend, war den Rot-Gelben alles erlaubt, auch die Bekämpfung der christlichen Liste. In diesem Betriebe darf man sich überhaupt über nichts mehr wundern. Ist es doch vorgekommen, daß der sozialdemokratischen Partei für eine politische

Die Textilindustrie in den mittelalterlichen Städten Italiens.

Bevor England das Hauptzentrum der Textilindustrie wurde, d. h. vor der Entdeckung Amerikas und der Auf-sindung des Seeweges nach Indien, waren einige Städte Italiens, wie Venedig und Lucca, besonders aber Florenz, die Orte, an denen sehr viele Webwaren hergestellt wurden. In diesen Städten wurde nicht nur für den lokalen Bedarf gearbeitet, sondern das Textilgewerbe entwickelte sich dort zu richtigen Großindustrien und die hergestellten Waren gingen nach allen Teilen der damals bekannten Welt, nach dem Norden Europas so gut wie nach Afrika und besonders nach dem Orient. In Venedig wurden namentlich Luxusgewebe hergestellt. Die Seidenindustrie erreichte dort eine Ausbreitung, wie sie bis dahin noch nicht beobachtet worden war. In günstigen Geschäftszeiten waren während der Blüte Venedigs mehr als 4000 Seidenweber beschäftigt. Trotz des Reichtums des Bürgertums von Venedig konnten natürlich diese Seidenwaren nicht alle in der Heimat verbraucht werden; sie wanderten zu drei Vierteln als Handelsware in andere Länder, an die Färberhöfe, auf die Burgen der großen Grundbesitzer, in die Häuser der hohen Geistlichen, an die Großen des Orients. Die Unternehmer Venedigs verdienten an diesen Waren ungeheure Summen, die Weber und die anderen Arbeiter, die diese Waren herstellten, wurden aber ganz miserabel entlohnt und durch verschiedene Mittel in Abhängigkeit gehalten. Auch die Herstellung von Spitzen hatte auf dem Gebiete Venedigs eine weite Ausbreitung gefunden. Venetianische Spitzen zu tragen galt im Mittelalter allgemein als ein Zeichen großen Reichtums; denn sie waren wegen ihrer Feinheit so teuer, daß sie eben nur von den reichsten Leuten gekauft werden konnten. Daneben gab es in Venedig aber noch verschiedene Textilgewerbe, in denen zahlreiche Personen, auch Frauen und Kinder, beschäftigt waren, so die Sobelweberei, das Gewerbe zur Anfertigung von Gold- und Silberbrokaten, die Leinenweberei und die Garnzieherei. Bei einer so weiten Verbreitung der Textilindustrie mußten natürlich auch allerlei Nebengewerbe entstehen, so vor allem die Seidenspinnerei und die Färberei. Nicht auf Segelschiffen, sondern auf viel schnelleren Ruder-schiffen fuhr die Kaufleute Venedigs von Hafen zu Hafen, um überall ihre Textilwaren mit großem Gewinn abzusetzen. Auch zu Lande zogen Venetianische Kaufleute mit allerlei Luxuswaren umher. Trat einmal in Venedig eine Absatz-lückung hervor, wie das bei Luxusgewerben öfter vorkommt, oder machte einmal eine ausbrechende große Seuche jede Unternehmungslust zu nichts, so entstand unter den Textilarbeitern Venedigs bald große Not. Dann halfen wohl die Unternehmer mit Geldvorschüssen aus, aber dadurch kamen die Arbeiter in immer größere Abhängigkeit und sie mußten

schließlich mit jedem Lohn zufrieden sein, den ihnen die Unternehmer boten. Ähnlich wie in Venedig lagen die Verhältnisse in der Seidenmacher-Stadt Lucca; nur daß das Seidengewerbe Luccas noch älteren Ursprungs ist, als das-selbe Gewerbe in Venedig.

Die eigentliche Textilstadt des Mittelalters war aber Florenz. Wie in Venedig war auch in Florenz eine ziemlich bedeutende Seidenindustrie entstanden, aber die Seiden-industrie von Florenz kann doch nicht im entferntesten in Vergleich gesetzt werden zu der Tuchindustrie, die dort ent-standen war. Diese beschäftigte zu Zeiten sicherlich viele zehntausende Personen und zwar nicht nur in der Stadt selbst, sondern auch in der näheren und weiteren Umgebung. Mehr noch als für die Seidenindustrie Venedigs gilt der Satz für die Florentiner Tuchindustrie, daß sie während der mittelalterlichen Zeit ihre Produkte in alle Teile der Welt sandte. Von besonderem Interesse ist es dabei, daß es viele deutsche Arbeiter waren, die in der florentiner Tuchindustrie beschäftigt wurden. In ganzen Scharen frömten die Weber aus den verschiedensten deutschen Bezirken nach Florenz ein, um dort ein Arbeitsunterkommen zu suchen. Wie es scheint, wurden die deutschen Weber von den Unternehmern in Florenz ebenso gern eingestellt, wie heute manche Unter-nehmer ausländische Arbeiter den einheimischen vorziehen. Zu Zeiten waren in Florenz die deutschen Weber ebenso zahlreich wie die italienischen Weber. Sicherlich sind die Deutschen auch als Lohnrücker benutzt und gegen die heimischen Arbeitskräfte ausgehütet worden; denn die Deutschen waren ja der Landessprache nicht mächtig, sie konnten also leicht mit der übrigen Arbeiterschaft in einen Gegensatz gebracht werden. Außerdem trugen die florentiner Unternehmer auch Sorge, daß die deutschen Arbeiter gesondert blieben, sie mieteten ihnen eigene Häuser und unterstützten sie mit Geld und Lebensmitteln. Die aus den deutschen Gegenden stammenden Weber hatten in Florenz zwei Organisationen, eine Bruderschaft der oberdeutschen und eine der nieder-deutschen Weber, und in der Mitte des 15. Jahrhunderts be-gannen diese Organisationen auch einmal einen Streit, aber sie erreichten damit nichts und mußten es sich gefallen lassen, daß die verbüßten Rechte ihrer Organisationen noch bedeu-tend eingeschränkt wurden.

Die Betriebsweise der florentiner Tuchindustrie war ein Gemisch von Werkstätten- und Heimarbeit. So waren die Weber und die Spinner Heimarbeiter. Die Weber wohnten in der Stadt selbst, die Spinner fast ausschließlich auf dem Lande. Beide Arbeiterkategorien mußten in Florenz die Riten des Heimarbeitens kennen lernen. Die Weber hatten zum Beispiel meistens eigene Stühle, sie mußten diese aber in der Not oft an die Arbeitgeber gegen einen Vor-schuß verpfänden und wurden nun ganz abhängig. So mancher florentiner Weber mag sein lebenslang nicht aus den Schulden-heim Unternehmer herausgekommen sein. Da eine Be-stimmung bestand, wonach Unternehmer einen Arbeiter, der

noch bei einem anderen Unternehmer Schulden abzuzahlen hatte, nicht beschäftigen durfte, so hatten die Arbeitgeber die Weber immer in der Hand und sie waren, so lange sie Schulden hatten, an den einen Unternehmer gebunden. Natürlich mußten dies die Unternehmer auch gehörig auszunutzen. Außerdem unterstanden auch die Heimarbeiter einer genauen Kontrolle durch besondere Ueberwachungsbeamte. Diese kontrollierten, für welchen Arbeitgeber der einzelne Heimarbeiter arbeitete, ob sie die Arbeiten in der vorgeschrie-benen Weise ausführten usw. Möchten die Weber und die Spinner auf dem Lande auch ganz arme Leute sein, war ihre Selbständigkeit nur eine nominelle, so waren sie doch noch lange nicht so verachtet, wie die eigentlichen Werkstätten-arbeiter, die Wollsortierer, Wollkämmer und Wolltrager. Diese galten in Florenz geradezu als eine Paria-Klasse. Sie wohnten in einem besonderen Viertel in schmutzigen, engen Behausungen und waren der Abscheu des reichen Bürger-tums. Neben den Vorgesetzten in den Werkstätten hatten sie auch noch einen besonderen Mittel, Aufseher, der strenge Strafen verhängte und der sogar das Recht hatte, die Woll-kämmer und Wolltrager auf die Folter zu spannen. Begann eine Krise herauszubrechen, so waren es diese Werkstätten-arbeiter, die zuerst die Folgen zu verspüren bekamen. Sie wurden dann sofort arbeitslos und diese Arbeitslosigkeit dauerte oft monatelang. Wie diese Leute, die schon bei günstigen Zeiten nur von der Hand in den Mund leben konnten, die langen Perioden der Arbeitslosigkeit überstanden, wissen wir nicht, aber jedenfalls waren sie ebenso schlimm daran wie ein Arbeiter der Neuzeit, der monatelang keine Arbeit hat und dem sonst keine Hilfsquellen zur Verfügung stehen. Verschiedentlich wurden von den florentiner Textil-arbeitern der mittelalterlichen Zeit Versuche unternommen, soziale Verbesserungen, eine Aufbesserung der Löhne usw. herbeizuführen, aber alle diese Versuche scheiterten oder hatten doch wenigstens für die Dauer keinen Erfolg. Wer sich für die florentiner Tuchindustrie, die im Mittelalter eine so überragende Stellung einnahm, besonders interessiert, den verweisen wir auf das großangelegte Werk von Alfred Doren: „Die florentiner Tuchindustrie vom 14. bis 16. Jahr-hundert.“ Dieses Werk ist so interessant, es bietet eine solche Fülle des Materials über die Bedeutung des florentiner Tuchmachergewerbes, daß es jeder lesen sollte, der sich ein Bild von der mittelalterlichen Textilindustrie machen will; denn die florentiner Textilindustrie war schon zu einer Ar-beitsteilung und gleichzeitig zu Arbeiterverhältnissen ge-kommen, die an Zustände der Neuzeit erinnern.

Mit dem Aufkommen der englischen Textilindustrie und besonders mit der Entwicklung der englischen Zuchherstellung, sowie mit der Veränderung im Verkehrsleben, die, wie schon angedeutet, mit der Entdeckung Amerikas und mit der Auf-sindung des Seeweges nach Indien entstand, büßte das florentiner Tuchgewerbe seine Bedeutung ein, bis es schließ-lich auf dem Weltmarkt nicht mehr in Betracht kam.

Wahlversammlung die Hausmeisterei des Betriebes zur Verfügung gestellt wurde, trotz des gelben Vereins.

Bei den Wahlen zum Versicherungsamt kamen nun die gelben Drahtzieher in die allergrößte Verlegenheit, denn nach Lage der Dinge konnten sie auf eigene Faust eine Liste nicht zusammenbringen.

Das Resultat der Wahl war: sozialdemokratische Liste 27333 Stimmen = 5 Vertreter, Liste der christlichen Gewerkschaften 18508 Stimmen = 3 Vertreter, gelbe Liste 7519 Stimmen = 1 Vertreter.

Am schlechtesten schnitt die Liste C (gelbe) ab und das humoristische bei der Sache ist, daß der auf der Liste C als einziger Vertreter gewählte Arbeiter ebenfalls den „freien“ Gewerkschaften angehört.

Die Ohnmacht der Gelben hätte sich noch deutlicher gezeigt, wenn nicht Sozialdemokraten und sogar die Stadt Augsburg der gelben Liste Vorschub geleistet hätten.

Blutapfelsinen.

In der jüngsten Nummer der „Neuen Zeit“ schreibt August Winnig, der Redakteur des „Grundstein“, des Organs des sozialdemokratischen Maureverbandes, einen Artikel über die gelben Werkvereine, der folgende bemerkenswerte Stelle enthält:

Die Aufklärung der gelborganierten Arbeiter verspricht allerdings vorderhand kaum greifbare Erfolge. Es sind Tatsachen, schwerwiegende Tatsachen, die die Arbeiter in die gelben Vereine hineintreiben; und gegen diese Tatsachen sollen wir mit Worten und Gründen, wenn auch mit guten Worten und guten Gründen ankämpfen.

Winnig sagt damit nichts neues, aber es ist immerhin interessant, ein solches Geständnis aus dem Munde eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers zu hören. Tatsächlich sind die Gelben in nationaler Beziehung durchaus unzuverlässig, so oft sie auch ihren vaterländischen Charakter betonen mögen.

Gewerkschaftliche und gesetzliche Krankenunterstützung.

Nach der Reichsversicherungsordnung (§ 189) kann die Krankenkasse für den Fall, daß der Versicherte gleichzeitig aus einer anderen Versicherung Krankengeld bezieht, das Krankengeld soweit kürzen, daß die Gesamtunterstützung des Versicherten den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt.

Bei der ersten Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission wurde beschlossen, in dem betr. § 189 hinter die Worte „gleichzeitig aus einer anderen Versicherung“ zu setzen: „die ihm (dem Versicherten) einen Rechtsanspruch auf Krankengeld gibt“.

des § 189 gekürzt werden könne. Besonders ein freisinniger Redner war es, der auf diesen Unterschied hinwies und verlangte, daß die Anrechnungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung gleichmäßig sein solle, einerlei, ob die Gewerkschaft einen Rechtsanspruch auf Krankenunterstützung gewähre oder nicht.

Daraus wollen nun einige Bearbeiter der Reichsversicherungsordnung, so der Geh. Reg.-Rat Dr. Hoffmann, den Schluß ziehen, daß nunmehr die gewerkschaftliche Unterstützung anrechnungsfähig sei. Dem ist jedoch nicht so. Der Gesetzgeber hat den Zusatz nur darum fallen lassen, um nicht ausdrücklich einen Unterschied in der Behandlung der gewerkschaftlichen Unterstützung zu schaffen.

Nun wird berichtet, daß Krankenkassen die von den Gewerkschaften gewährten Unterstützungsgelder in Zeiten der Krankheit eines Gewerkschaftlers im Sinne des obengenannten § 189 RVO. zur Anrechnung brächten. Diesen Gewerkschaftlern kann nur empfohlen werden, eine solche Krankenkasse bei dem Versicherungsamt auf Auszahlung des vollen Krankengeldes zu verklagen und, falls sie beim Versicherungsamt unterliegen, Berufung an das Oberversicherungsamt binnen einem Monat vom Tage der Zustellung des Urteils ab einzulegen.

Der § 190 der Reichsversicherungsordnung bestimmt dann noch, daß eine Krankenkasse durch die Zahlung der Krankengeld oder die Erschließung dafür beanspruchen, die Höhe des Bezuges mitzutellen, den sie gleichzeitig aus einer anderen Krankenversicherung erhalten.

Gewerkschaft und Religion.

Der deutsche sozialistische Gewerkschaftsführer Sassenbach hat eine gewerkschaftliche Studienreise in England gemacht. In der Nummer 25 des Correspondenzblattes der Generalcommission schildert er seine Erfahrungen und Eindrücke und kommt dabei auch auf die Stellung der englischen Gewerkschaften zur Religion zu sprechen.

„Vor mir liegen verschiedene Drucksachen, die eine ziemlich weitgehende Verbindung von Arbeiterbewegung und Religion beweisen. In Lincoln fand vom 8. bis 10. Mai dieses Jahres eine vom Gewerkschaftskartell veranstaltete „Arbeiter-Woche“ zu Propagandazwecken statt, die in der berühmten Kathedrale durch eine Predigt des Dechanten eröffnet wurde.

Es ist nicht unsere Aufgabe, über den Wert oder Untwert der religiösen Auffassung und Betätigung der englischen Gewerkschaftsführer zu entscheiden; uns kommt es an dieser Stelle nur darauf an, zu zeigen, wie turmhoch die englischen Gewerkschaften in dieser Beziehung über den deutschen sozialistischen Gewerkschaften stehen.

Reichsetat und Gesetzgebung.

Zu den Aufgaben des Reichstags gehört in erster Linie die Beratung des Reichshaushaltsetats, die dazu eingegangenen Anträge und Petitionen, sodann die Beratung der Gesetzesentwürfe der verbündeten Regierungen und der Initiativanträge der Parteien. Zur Erfüllung seiner Aufgaben und zur Beratung des Budgets für das Rechnungsjahr 1914 trat der Reichstag am 25. November 1913 zusammen und beendete diese Session am 20. Mai 1914.

am 2. Dezember 1913. Die Verabschiedung der Etats erfolgte im Reichstag am Schlußtage, am 20. Mai. Die Debatten darüber, wie über einzelne Gesetzesentwürfe und Anträge, waren zum Teil heftig und das

Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag einigemale so zugespitzt, daß man von Reichstagsauflösung sprach. Zu einer Auflösung ist es nicht gekommen, wohl aber zu einer Schließung. Damit sind viele Arbeiten des Reichstags hinfällig geworden; auch 14 Vorlagen der Regierung fielen unter den Tisch, ebenso eine Anzahl Petitionen, darunter auch diejenige vom Ausschuss des Deutschen Arbeitertongresses, in welcher eine Aufbesserung der Witwen- und Waisen- sowie der Unfallrenten verlangt und die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente auf 65 Jahre gefordert wird.

Reichshaushaltsetat

vom Kaiser am 27. Mai unterzeichnet worden und hat Gesetzeskraft erlangt. Die Einnahmen und Ausgaben vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 sind festgesetzt auf 3 497 930 350 M. Zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben kann der Reichskanzler die Summe von rund 18 Mill. M. auf dem Wege des Kredits flüssig machen.

Die größten Ausgaben erfordert das Reichsheer. Unter den fortwährenden Ausgaben für die Kontingente Preußen, Sachsen, Württemberg, ohne Bayern stehen 870 559 735 M., unter den einmaligen Ausgaben weitere 338 034 893 M. Die Ausgaben für die Marine sind postuliert mit 225 700 923 M. und 234 652 950 M. Dagegen nehmen sich die Ausgaben für das Reichsamt des Innern, das Zwecken der Landeskultur und Sozialpolitik ziemlich klein aus.

sozialpolitischen Debatten

gegeben werden. Diese waren zwar sehr umfangreich, denn allein die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern dauerte 21 Tage. Dagegen ist das Ergebnis derselben ziemlich bescheiden: einige Zusicherungen vom Regierungssitz und Willensäußerungen des Reichstags in Form von Beschlüssen und Resolutionen. Selbst im Reichstag kam zum Ausdruck, daß in Bezug auf Fortführung der Sozialreform eine gewisse Müdigkeit herrscht.

Durch die steigenden Ausgaben für unsere Wehr zu Wasser und zu Land und jetzt auch in den Lüssen werden die Steuerzahler zum Teil ganz erheblich in Anspruch genommen. Da man gegen die größeren Militärlasten nicht austreten kann oder will, wendet man sich gegen die kleineren Ausgaben für Sozialversicherung und Arbeiterschutz um so heftiger.

Wetterführung der Sozialreform

Schon in der ersten Rede des Staatssekretärs des Innern bei Beratung seines Etats kam dies zum Ausdruck. Er sagte: „Wir sind mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Hinsichtlich der Sozialversicherung sind wir an der Grenze des Möglichen. Auf diesem Gebiete muß eine Pause eintreten. Zum Schutze für Gesundheit und Leben der Arbeiter ist viel geschehen. Der Bundesrat kann diesbezüglich weitere Verordnungen erlassen und eventuell können die Landeszentralbehörden, in bestimmten Fällen auch die Polizeibehörden, vorgehen. Aber auch dem Arbeiterschutz sind gewisse Grenzen gezogen. Was zu tun bleibt ist nicht gesetzgeberische Arbeit, sondern die Ausführung der bestehenden Gesetze, die Detailarbeit der Behörden draußen.“

Auf einzelne Fragen eingehend hob Staatssekretär Dr. Delbrück in seiner Rede hervor, daß einer obligatorischen Reichs-Arbeitslosenversicherung große, grundsätzliche und praktische Schwierigkeiten entgegenstünden. An die Einführung einer solchen Versicherung ist noch lange nicht zu denken. Voraussetzung dafür sei die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und deren mindestens teilweise Haftung durch ihr Vermögen. Auch die Einrichtung eines Reichsleistungsamtes hänge davon ab, wie das Recht der Berufsvereine gelöst werde.

Gegnern der Sozialgesetze gedauerten Behauptungen unzutreffend sind.

Der Abgeordnete, Kollege Giesberts, gab dem Staatssekretär des Innern zu, daß das Reichsamt des Innern in den letzten Jahren infolge der Durchführung neuer Gesetze, insbesondere der Reichsversicherungsordnung eine außerordentliche Fülle von Arbeit geleistet habe.

Ruhepause

In der sozialen Gesetzgebung könnte er aber nicht das Wort reden. Es soll sich lediglich um eine Arbeitspause zur Sammlung der Kräfte handeln. Einen Stillstand der Sozialpolitik könne es nicht geben, zumal bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung fast täglich neue Probleme auftauchen. Als höchste Aufgabe bezeichnet Redner die Gerabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Rente aus der Invalidenversicherung, sowie die Verbesserung der Witwen- und Waisenversicherung. Er verlangte sodann weiter: Bekämpfung der Gewerbekrankheiten, mehr Arbeiterschutz in der Großindustrie und im Gastwirtsgerwerb, Ordnung des Privatbeamtenrechts, ein besseres Koalitionsrecht und mehr Freiheit für die Arbeiterbewegung. Treffend und wirksam war seine Zurückweisung der Klagen über die Laffen der Sozialpolitik mit dem Hinweis, daß sie nicht mehr als 3-4 Prozent der Lohnquote ausmache und außerdem die Arbeiterchaft hebe und leistungsfähiger mache, eine Sache, die den Arbeitgebern und dem Staatswesen ebenfalls zugute kommt.

Zu seinen Ausführungen gegen eine Ruhepause in der Sozialpolitik wurde Giesberts vom Abg. Kollegen Behrens unterstützt. Die Sozialpolitik habe mit beigetragen zu dem großen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands; sie habe auch die Kaufkraft der deutschen Arbeiter erheblich gestärkt, die Gesundheitsverhältnisse verbessert und die Wehrkraft des Reiches erhöht. Der Redner verlangte weiter eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Gärtnere, der Landarbeiter sowie der Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in den Verkehrsbetrieben von Staat und Reich, eine Forderung, die auch von Kollegen Abg. Schürmer seit langem vertreten wird. Behrens beklagte sich auch über die Art und Weise, wie die sozialpolitischen Wünsche des Reichstags im Bundesrat behandelt und daß dem Reichstag die Beschüsse und ablehnenden Bescheide ohne jede Motivierung zur Kenntnis gebracht werden. Um hier eine Aenderung zum Besseren herbeizuführen, legte er eine Resolution vor, nach welcher eine ständige Kommission für Arbeiterangelegenheiten eingesetzt werden sollte; sie wurde in dritter Lesung von einer Zufallsmajorität abgelehnt. Die Entschlüsse waren vorher schon der Budgetkommission überwiesen worden. SP.

Aus unserer Industrie.

Konzentration in der Kammgarnspinnerei.

Die Norddeutsche Wollkammer A.-G. in Bremen erwarb die seit sechzig Jahren bestehende Dresdener Kammgarnspinnerei von Kreuznach u. Scheller. Die Norddeutsche Wollkammer betreibt bereits an zehn Orten eigene Kammgarnspinnereien. Durch Aktienbesitz ist sie an der Hamburger Wollkammer und der Sächsl. Wollgarnfabrik vorm. Litzl u. Krüger beteiligt. Außerdem unterhält sie in Argentinien und Uruguay, den Hauptländern der Schafzucht, eigene Anlagen und ist an der Schafzucht Komfias G. m. b. H. in Deutsch-Südwestafrika beteiligt. Die Gesellschaft arbeitet zurzeit mit einem Aktienkapital von 22,5 Millionen Mark. Sie verteilte in den letzten Jahren 10 Prozent Dividende.

Die deutsche Samtindustrie

erzielte nach der jetzt bekanntgegebenen Statistik im Jahre 1913 einen Umsatz von 66 201 680 M. gegen 64 156 331 M. in 1912 und 63 767 842 M. in 1911. Auf Crepelin entfielen davon 30 906 660 M. gegen 29 965 760 M. in 1912 und 32 298 871 M. in 1911. Das Crepelin Gewerbe hat demnach den Stand des Jahres 1911 noch nicht wieder erreicht.

Von der Gesamtzeugung gingen 28 567 412 M. (32 305 646) nach dem Inlande, für 1 045 063 M. (1 236 410) nach Oesterreich-Ungarn, für 9 682 891 M. (6 330 293) nach England, für 5 343 048 M. (5 648 246) nach Frankreich, für 4 808 240 M. (5 397 151) nach anderen europäischen Ländern, für 16 755 585 M. (13 238 585) nach außereuropäischen Ländern. Zugewonnen hat also der Absatz nach England und den überseeischen Ländern, der Umsatz nach mit den anderen Absatzgebieten ist gesunken.

Der Verbrauch an Rohstoffen betrug an Rohseide 85 440 kg. (85 407), in Schappe 582 568 kg. (570 695), in Kunstseide 81 741 kg. (87 520), in Baumwolle 2 764 515 kg. (2 958 496) und in Wolle 227 685 kg. (200 735). Der Rückgang im Verbrauch von Baumwolle war also ziemlich erheblich, ebenso der prozentuale Mehrverbrauch von Kunstseide. Es waren in Samt- und Seidengeweben beschäftigt 219 (297) Handstühle und 3768 (3860) mechanische Stühle, in feinstem Samtband 26 (27) Handstühle und 756 (873) in 1911 976) mechanische Stühle.

Ausdehnung der Baumwollkultur in Indien.

Die in Paris abgehaltene Komiteesitzung des „Internationalen Verbandes der Baumwollspinner und Webervereinigungen“, auf welcher sämtliche Länder (von Deutschland Direktor Walter von der Hannoverischen Baumwollspinnerei und Weberei in Linden) vertreten waren, nahm den Bericht des Sekretärs Arno Schmidt-Manchester über dessen letzte Studienreise nach Indien entgegen. Es soll unter den Auspizien des Verbandes unter dem Namen „The International Cotton Spinners Experimental Indian Plantation Limited“ mit einem Kapital von 60 000 Pf. eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden, um die Baumwollkultur in Indien, zu deren Ausdehnung und Verbesserung der „Internationale Verband der Baumwollfabrikanten“ von

der Punjab-Regierung eine Konzession von 7500 Acres Land auf die Dauer von vorläufig 20 Jahren unentgeltlich erhalten hat, rationell betreiben zu können. Dann soll eine Musterplantage geschaffen werden. Die neue Gesellschaft ist gebunden, den Uberschuß, nachdem 10 Prozent für das Jahr als Nutzen verbleibt, gerechnet auf einen Durchschnitt von 5 Jahren, an die Punjab-Regierung abzuführen. Der Bericht des Sekretärs der „Internationalen Baumwollfabrikanten-Vereinigung“ weist in eingehender Weise und unterstützt durch ein reiches Zahlenmaterial auf die zwingende Notwendigkeit für die Baumwollindustrie aller Länder darauf hin, sich von Amerika unabhängig zu machen und die Baumwollkultur in anderen Ländern, besonders aber als sehr aussichtsvoll in Indien zu fördern.

Ferner wurde im Prinzip die Anlage einer Muster-Baumwoll-Plantage im Punjab-Staat (Indien) genehmigt. Die Ausarbeitung der Details wurde einer engeren Kommission überwiesen. Ferner wurde eine Deputation ernannt, um beim Staatssekretär Indiens behufs Ausbreitung der Baumwollkultur in jenem Lande vorstellig zu werden. Der Präsident Potcars hat das Internationale Komitee empfangen.

Die Preise für Rohjute

zeigen in letzter Zeit für die neue Ernte beträchtliche Rückgänge, die sich in den letzten Tagen auf mehrere Pf. Sterl. belaufen. Während sich noch am 2. Juni der Preis in Dundee auf 30 Pf. Sterl. 10 sh. pro ton stellte, ging er bis zum 11. Juni auf 29 Pf. Sterl. 10 sh. zurück und stellte sich an der Börse auf 26 Pf. Sterl. 10 sh. Diese Preisbewegung scheint auf spekulative Geschäfte zurückzuführen zu sein. Denn die Preise für Rohjute waren im vorigen Jahre auf eine Höhe getrieben worden, wie sie noch nie beobachtet worden war. Der Grund für diese Preissteigerung war auf die kleine indische Suteernte für 1913/14 zurückzuführen. Bis Ende Mai sind nämlich in Kalkutta und Chittagong nur 3 285 000 Ballen Rohjute eingetroffen gegen 4 111 000 Ballen in der gleichen Zeit 1912/13 und 3 803 000 Ballen vor zwei Jahren. In der letzten Zeit waren nun die Nachrichten über die neue Suteernte, die von Mitte August bis Mitte August rechnet, nicht ungünstig, trotzdem hielten sich anfangs die Preise auf ihren hohen Stand. Erst in den letzten Tagen scheinen sich in Kalkutta und Dundee Personen gefunden zu haben, die es für vorteilhaft erachteten, die Aussicht für die neue Ernte zu diskontieren, und es dürften daher manche Beerverkäufe vorgenommen worden sein, die auf die Preise eingewirkt haben.

Als ein preisdrückendes Moment sprach ferner mit, daß die Ankünfte in alter Ernte im Mai, trotz der relativ geringen Gesamternte, im Vergleich mit den Vorjahren eine recht beträchtliche Höhe erreichten. Betrachtet man nämlich den Monat Mai für sich allein, so gingen in Kalkutta und Chittagong 124 000 Ballen ein gegen 91 000 Ballen bzw. 61 000 Ballen im Mai der beiden Vorjahre. Diese recht bemerkenswerten Ankünfte dürften ebenfalls auf spekulative Geschäfte in dem Ursprungslande zurückzuführen sein, denn es ist wahrscheinlich, daß in Indien die Rohjute längere Zeit von den Eignern zurückgehalten wurde, um möglichst viel von den hohen Preisen zu profitieren. Erst die Nachrichten über die neue Ernte scheinen veranlaßt zu haben, daß die bisher zurückgehaltene Ware auf den Markt gebracht wurde. Mit großer Spannung wird wegen der Preisbewegung am Rohjute Markt in Sachkreisen die erste Schätzung über die neue Ernte erwartet, die gewöhnlich am 20. Juli veröffentlicht wird.

Ueber den Wollmarkt

berichtet der sachmännische Mitarbeiter des Berliner Tageblattes aus dem sächsisch-thüringischen Industriegebiet unterm 18. Juni:

Als die Vereinigten Staaten von Amerika den Zoll auf Rohwolle abschafften und die Sätze für Textilwaren wesentlich erniedrigten, wurde vielfach die Annahme laut, daß die Wollproduktion dort kleiner werden müsse, da infolge der größeren ausländischen Konkurrenz die Wollzucht sich unrentabler gestalten werde. Ohne Zweifel entbehrt diese Ansicht nicht ganz der Berechtigung, und es ist wohl möglich, daß mit der Zeit die Schuren Nordamerikas kleiner werden können. Einstweilen scheint es damit aber noch gute Wege zu haben. Die Viehfarmer bekommen augenblicklich derart hohe Preise für die Wolle, daß sie gar nicht daran denken, ihr Vieh abzuschaffen. In Kammgang war in den letzten vierzehn Tagen das Geschäft nicht mehr ganz so lebhaft wie im Mai. Die Preise sind fest. Interessant dürfte es deshalb sein, einige Kammgangqualitäten herauszugreifen und deren heutige Preise mit den niedrigsten Notierungen des Jahres 1913 zu vergleichen. Man sieht dann die außergewöhnliche Preissteigerung, die die Wolle in einer Zeit allgemeinen Niederganges erfahren hat.

Table with 3 columns: Termingzug Type B, Austral gute 2A/A, Buenos Aires 2 fach, Austral kleine Pleces. Rows show prices for Stand 1913 and Heutiger Preis.

Gewaschene Wolle, Kämmlinge und Abgänge sind im Preise ebenfalls erheblich gestiegen. Es ist zu hoffen, daß die günstigen Schuransichten in Australien durch Unwetter, Viehseuchen usw. nicht getrübt werden, damit der andauernd starke Wollbedarf nicht noch höhere Notierungen hervorruft.

Aus dem Verbandsgebiete.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Die fünfte Generalversammlung unseres Verbandes findet in diesem Jahre in Freiburg statt. Es soll dort unter anderem auch über einen Punkt beraten werden, der speziell die Kolleginnen unseres Verbandes sehr interessieren dürfte. Die weiblichen Mitglieder sind deshalb angefordert, sich zu äußern, wie sie sich zu dieser Sache stellen. In Nr. 24 unserer Textilarbeiter-Zeitung wird in einem Artikel die Frage aufgeworfen: Wäre es nicht ratsam, die Lieferung der konfessionellen Arbeiterinnenvereinsblätter an die Kolleginnen einzustellen? Gestatten Sie mir, zu dieser Frage meine Ansicht auszusprechen.

Als die Nachener Generalversammlung beschloß, die Kolleginnen noch ein besonderes Arbeiterinnenblatt zukommen zu lassen, freuten sich zahlreiche Kolleginnen, daß man in Nachen etwas besonderes für die Kolleginnen geschaffen hatte. Sie waren nicht wenig stolz, in Zukunft ein besonderes Blatt zu erhalten. Hier im Bezirke bekommen die Kolleginnen den „Aufwärts“, da mit nur wenigen Ausnahmen fast alle katholischer Konfession sind. Viele meinten, in diesem Blatt die Gewerkschaftsfrage in einer leichtverständlichen Art und Weise zu lesen zu bekommen. Doch schon die erste Nummer belehrte die Kolleginnen eines anderen. Selbst die bewußte Gewerkschaftlerin war enttäuscht. Sie fand nur einen kleinen Artikel, der aus der Gewerkschaftswelt berichtete. Von unserem Textilarbeiterverbande bemerkte man auch recht wenig. Der „Aufwärts“ konnte und kann auch heute noch nicht das Herz einer echten Gewerkschaftlerin befriedigen, weil das Organ eben nicht von jenem Gewerkschaftsgeist durchdrungen ist, dessen die Arbeiterinnen doch so sehr bedürfen, um an der Verbesserung ihrer Lage auf wirtschaftlichem Gebiete mit helfen zu können. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß ein Arbeiterinnenvereinsblatt und ein Gewerkschaftsblatt nicht dasselbe sein können. jenes also auch nicht so für die Gewerkschaft eintreten kann wie es manche Kollegin von uns wohl wünschte. Auch wollen wir nicht verkennen, daß es manchmal der „Aufwärts“ war, der uns bei der Hausagitation gute Dienste leistete.

Sich kann nun einer Abschaffung der konfessionellen Organ ohne Ersatz nicht zustimmen. Anders liegen die Dinge jedoch, wenn uns statt der konfessionellen Vereinsblätter eine eigene Arbeiterinnenbeilage geboten wird, die der Eigenart des weiblichen Gemütes angepaßt und der Art und Weise der Textilarbeiterinnen und des Textilberufes entspräche.

Denn eine solche Arbeiterinnenbeilage würde einer ungleich höheren erzieherischen Wert auf unser weiblichen Mitglieder ausüben, als es der „Aufwärts“ vermöchte. Wenn unsere Kolleginnen bei der Textilarbeiterzeitung auch noch den „Aufwärts“ belamen, so kann ich als Förderin bestätigen, daß an den Samstagtagen wo beide Zeitungen kamen, die Textilarbeiterzeitung in vielen Fällen ungelesen blieb. Das muß auf das gewerkschaftliche Leben unter den Kolleginnen in den einzelnen Ortsgruppen lähmend wirken. Die gewerkschaftliche Erziehung unserer Kolleginnen durch eine eigene Arbeiterinnenbeilage zu fördern, ist um so dringender und berechtigter, als wir Arbeiterinnen doch ganz allein stehen und ganz auf uns selbst angewiesen sind. Es fehlt uns an überzeugten Helfern und Helferinnen. Manche könnte in Arbeiterinnenkreisen sehr vieles für unsere Gewerkschaftsbewegung tun — aber es unterbleibt, zum Schaden der christlichen Arbeiterbewegung und zum Vorteil der Sozialdemokratie.

Dann weiter würde eine eigene Arbeiterinnenbeilage der Organisation auch den Weg ebnen zu den Herzen der Arbeiterfrauen, der Mütter unserer Kolleginnen.

Vielfach ist es die Mutter, die ohne gewerkschaftliches Verständnis ist und es hindert, daß die Arbeiterin sich unsern Reihen anschließt. Also auch in diesem Falle könnte eine eigene Arbeiterinnenbeilage direkt erzieherisch wirken.

Sich möchte nun die Generalversammlung bitten, sich dahin zu einigen, die konfessionellen Arbeiterinnenvereinsblätter abzubestellen und den Kolleginnen eine besondere Arbeiterinnenbeilage zu geben. Damit die Kolleginnen gleich den Kollegen sagen können: Auch wir haben ein Verbandsorgan.

M.-Glöblich-Benn.

Maria Moll.

Die Tendenz des einleitenden Artikels „Zur Verbandsgeneralversammlung“ geht dahin: Keine wesentlichen Veränderungen im Beitrags- und Unterstützungsweisen, sondern Ausbreitung des Verbandes, Anspannung aller Kräfte zu einer Aufwärtsbewegung unserer Organisation.

Auf dieses Programm unseres Zentralverbandes werden wohl so ziemlich alle Mitglieder mit einem lauten „Bravo“ antworten. Wir brauchen dringend Stabilität im Verbands- und Vertrauen und Liebe der Mitglieder zum Verband und dessen Zeitung. Unsere Mitgliederzunahme steht in keinem Verhältnis zur Vermehrung der Beamten. Mitvergnügten Mitgliedern können noch so gute und viele Vorträge gehalten, noch so gute Anweisungen gegeben werden, man kann sie auch vielleicht einmal bewegen, zu versprechen, in der Agitation mitzutun, aber viel kommt dabei nicht heraus. Tausende und Abertausende können für unsere christlichen Organisationen gewonnen werden, wenn unsere Mitglieder das Werben neuer Mitglieder als ihre eigene Aufgabe ansehen lernen, die ihnen niemand abnehmen kann. Dazu gehört aber Liebe zum Verband und ein gewisses Wohlbehagen im Verbands.

Deshalb stelle ich als erste Forderung hierher, daß ein innigeres geistiges Verhältnis zwischen Führer und Geführten, zwischen Beamten und Mitgliedern angestrebt werde. Die Schulung der Beamten muß sich auf den Umgang mit den Mitgliedern und auch auf die Fähigkeit erstrecken, auch die ruhigen Mitglieder als Mitarbeiter heranzuziehen. Nur hierin befähigte und als erfolgreich geprüfte Kollegen sollten in Vorstands- und Beamtenstellungen geschoben werden.

Unsere Zahl muß schneller als bisher wachsen. Sonst sehen wir uns nicht durch. Unsere Minorität muß

auch in sozialdemokratischen Gegenden so stark sein, das die Genossen und Arbeitgeber mit uns rechnen müssen. Es ist deshalb notwendig, möglichst alle Berufe an einem Orte mehr als bisher zusammenzufassen und zusammenzuhalten. Unsere jetzige Einrichtung genügt dazu bei weitem nicht. Vorschläge hierzu passen nicht in diesen Rahmen, aber die Generalversammlung sollte das als Forderung aufstellen.

Starker Zuwachs sichert uns auch eine starke Kasse. Jedes Tausend neuer Mitglieder bringt pro Jahr dem Verband 15000 M. und hebt nebenbei die Werbelust und Mitarbeit. Hohe Beiträge und hohe Unterflügungen an lauter alle Mitglieder sichern keine starke Kasse. Es ist absolut notwendig, die sieben tägige Karenzzeit bei der Krankenunterstützung auf solche von drei Arbeitstagen herabzusetzen. Die Differenz von drei Tagen zwischen unserem und dem sozialdemokratischen Verbands ist ein fester Stein des Anstoßes für die Mitglieder. Vielleicht könnte wenigstens ein Teil der Kosten dafür herausgeschlagen werden durch Aufhebung der Arbeiterinnenzeitung.

Unsere Kolleginnen werden wohl nicht gern auf die Arbeiterinnenblätter verzichten, aber Mitgliederverluste sind dadurch wohl nicht zu erwarten. Die durch Wegfall der Arbeiterinnen-Zeitung gemachte Ersparnis wird aber nicht ausreichen, weil dann das Verbandsorgan durch eine Arbeiterinnenbeilage vermehrt werden soll. Nun besteht leider der Uebelstand, daß unsere Textilarbeiterzeitung nur von etwa einem Drittel der Mitglieder wirklich gut gelesen wird; das zweite Drittel liest sie nur zum Teil oder sieht dann und wann mal hinein; das letzte Drittel benutzt das Papier, um das Frühstück einzuwickeln. Diese gleichgültigen Mitglieder sollen nun zu Gewerkschaftlern gemacht werden. Ja, aber wie und womit soll das geschehen? Jeder wird mir zugeben, daß ein tätiger Gewerkschaftler nicht denkbar ist, ohne gewisse Gesinnung. Wir haben bisher zu wenig getan, diese Voraussetzung zu erfüllen. Beim evangelischen Arbeiter wenigstens ist eine uns günstige Gesinnung nicht ohne weiteres vorhanden. Es gibt auch keine Instanz, von welcher man dies erwarten könnte. Folglich muß sie von uns geweckt und gepflegt werden. Und zwar anders als bisher. Das rein Gewerkschaftliche ist zu trocken. Ich empfehle, den gewerkschaftlichen Inhalt der Textilarbeiterzeitung zu beschneiden. Dafür Erzählungen und andere schönegeistige Sachen bringen. Natürlich aber nur solche, welche eine Begründung und Vertiefung unserer Welt- und Geschichtsauffassung darstellen, also der Gesinnungspflege dienen.

Ich weiß wohl, daß mein Vorschlag vielen Augen Leuten zu dümm sein wird. Nur sollen sie einen besseren bringen. Gewiß bringt unsere evangelische Arbeiterinnenzeitung, „Die Deutsche Arbeiterin“, sehr wenig Gewerkschaftliches, aber es hat mir zu denken gegeben, daß des öfteren Kollegen und Kolleginnen auf dort befindliche Notizen und Artikelchen Bezug nahmen. Ich halte es deshalb für viel empfehlenswerter, das Verbandsorgan in dem angeedeuteten Sinne zu ändern. Es würde der großen Masse schmachhafter sein. Statt der Arbeiterinnenbeilage schaffe man eine ständige oder periodische Beilage zur gewerkschaftlichen und fachlichen Weiterbildung. Diese Beilage braucht dann nicht der ganzen Auflage beigegeben zu werden.

Auch die Frage der Haushaltung- und Fortbildungsschule für junge Arbeiterinnen halte ich für wichtig und reif genug, daß sie durch einen Vortrag mit Aussprache auf der Verbandsgeneralversammlung vorwärts gebracht und für uns nutzbar gemacht werde. In Sachsen können die Gemeinden jetzt schon solche Schulen einführen. Durch die Wahlen der Krankenkassen und Versicherungsämter ist frischer Zug in unsere Sache gekommen, nutzen wir das aus. Vielleicht spricht sich der oder jener Kollege zu meinen Anregungen aus.

Als Anträge empfehle ich die Einführung einer Karenzzeit von drei Arbeitstagen bei der Krankenunterstützung und die Wiederholung einer früheren Bestimmung, wonach frühere Mitglieder ihre alten Beiträge bis zu einem gewissen Betrage angerechnet erhalten, falls sie bis zu einer gewissen Zeit sich wieder anmelden. Sollte der Zentralvorstand erklären müssen, daß die Kosten der dreitägigen Karenzzeit unsere Kasse zu sehr belasten, so müßten entweder die fünf Prozent beschnitten oder die Ortsgruppen müßten irgend welche andere Lasten übernehmen. Kein Antragsteller sollte von der Zentralkasse Opfer verlangen, ohne gleichzeitig die Deckungsmittel anzugeben.

Glauchau (Sachsen) W. Gehrmann.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Augsburg.

Zur Lohnbewegung in der Kammgarnspinnerei. Was das Arbeitsverhältnis in der Kammgarnspinnerei bis vor einiger Zeit zu einem verträglicheren als in vielen anderen Betrieben gemacht hatte, war die Tatsache, daß die Direktion ein offenes Ohr für die Beschwerden der Arbeiterschaft hatte und ihnen nach Möglichkeit Rechnung trug. Der Geist der Unternehmerorganisation ist nun aber mehr und mehr auch in das Fabrikantentum der Kammgarnspinnerei eingezogen. Die Direktion legt keinen Wert darauf, bei der Arbeiterschaft populär zu sein. Durch Verbilligung der Produktionskosten sollen höhere Uberschüsse erzielt werden.

Duende von Arbeitsplätzen, die früher mit männlichen Arbeitern besetzt wurden, sind im Laufe kurzer Zeit mit weiblichen Arbeitern (Anseherninnen) besetzt worden. Der Lohn für diese ist für die gleiche Arbeitsleistung in erheblichem Maße niedriger gestellt worden. So früher ein Oberanfeher 4,29 M. hatte, bekommt jetzt die weibliche Arbeiterin 3,61 M. Einem männlichen zweiten Anfeher mit 3,78 M. sieht die weibliche zweite Anfeherin mit 2,76 M. bei derselben Arbeit gegenüber. Wir wollen uns hier nicht über alle von den männlichen Arbeitern geltend gemachten Bedenken gegen die Beschäftigung von weiblichen Arbeitern gerade an diesen Plätzen verbreiten; doch sei das eine hervorgehoben, daß es von der ganzen Arbeiterschaft des Betriebes als

eine Ungerechtigkeit empfunden wird, den in Alford stehenden älteren Arbeitern (Spinnern und Oberansehern) schlechter bezahlte weibliche Arbeiter an die Seite zu stellen. Hierdurch muß nicht nur die Qualität der Arbeitskräfte in kurzer Zeit eine geringere werden, es muß auch das Quantum der Arbeit leiden und die Löhne der mitbeschäftigten Qualitätsarbeiter heruntergedrückt werden.

Das will die Arbeiterschaft des Betriebes verhindern. Mehrere gut besuchte Abteilungsverfassungen nahmen zu den Neuerungen Stellung. Mehrere Male versuchten Abordnungen der Arbeiterschaft, die Direktion umzustimmen. Es war vergeblich. In allen Abteilungen des Betriebes (namentlich unter den weiblichen Arbeitern) wurden Wünsche laut, die sich auf Löhne, Behandlung und Waschgelegenheit beziehen. Die Direktion hat nur insofern einem winzigen Teile der Arbeiterschaft ein merkwürdiges Entgegenkommen gezeigt, als sie versprach, „die älteren Spinner früher zu pensionieren“ oder an andere schlechter bezahlte Arbeitsplätze zu versetzen, um den Ansehern bessere Avancementsmöglichkeiten zu geben. Hiergegen wehrten sich selbstverständlich die Arbeiter mit großer Einmütigkeit, denn sie wollen nicht auf Kosten ihrer ergrauten Mitarbeiter ihren sauer verdienten Lohn erhöhen.

Die Arbeiterschaft des Betriebes ist sich ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit einig darin, alles zu vermeiden, was einem Teile der Arbeiterschaft schaden würde. Die Rechnung der Direktion ist nicht richtig, wenn sie meint, eine Arbeiterorganisation gegen die andere auszuspielen zu können. Auch die am Dienstag, 23. Juni, stattgefundene Abteilungsverfassung für die Spinnerei zeigte die Einmütigkeit der Arbeiterschaft in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution:

„Die heutige Spinnereiarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Standpunkt der Direktion in der Frage der Forderungen der Anfeher und Spinner. Die Versammlung hält einmütig an den aufgestellten Forderungen fest und bedauert, daß die Direktion den Standpunkt vertritt, daß die in Frage stehenden Differenzpunkte nur durch einen scharfen Konflikt entschieden werden könnten.“

Die Versammlung lehnt es ab, zur Zeitzeit der Einladung der Direktion zu folgen, Massenentlassungen einzulassen. Die beteiligten Arbeiter gelobten sich gegenseitig, Treue der Organisation zu bewahren, um dann den Zeitpunkt selbst zu bestimmen, an welchem über andere, als bis jetzt angewendete Mittel entschieden werden kann.

Die Organisationen der Arbeiter werden ersucht, den Gang der bisher geführten Verhandlungen der weiteren Öffentlichkeit zur Beurteilung zu unterbreiten.

Die beiden in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter, der Deutsche Textilarbeiterverband und der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands sind übereingekommen, die von der Arbeiterschaft aufgestellten Wünsche und Forderungen zu unterstützen.“

Tollenbeck.

Angestellte als Störenfriede. Um zu dem Verhalten einiger Angestellten der hiesigen Firma C. A. Deltus u. Söhne gegenüber den Arbeitern Stellung zu nehmen, fand am 26. Juni eine von Arbeitern und Bürgern außerordentlich stark besuchte Versammlung statt. Die Versammlung brachte die große Erregung zum Ausdruck, die die betreffenden Angestellten unter der Arbeiter- und Bürgerschaft hervorgerufen haben. Wir kommen auf die Sache in der nächsten Nummer zurück und begnügen uns für diesmal mit dem Abdruck der Resolution, die in der betreffenden Versammlung einstimmig angenommen wurde:

„Die am 26. Juni im Saale des Herrn Repohl von Arbeitern und Bürgern äußerst zahlreich besuchte öffentliche Versammlung hat von den Vorkommnissen bei der Firma C. A. Deltus u. Söhne Kenntnis genommen. Sie spricht ihre Mißbilligung darüber aus, daß durch das Verhalten einiger Angestellten den Arbeitern gegenüber große Erregung und Unzufriedenheit in Arbeiter- und Bürgerkreisen hervorgerufen worden ist. Derartige Zustände liegen sicherlich nicht im Interesse der Beteiligten und der Gesamtheit. Die Versammlung vertritt den Standpunkt, daß die Arbeiter ein Recht darauf haben, von den Angestellten anständig behandelt zu werden, und sie ist entschlossen, die Arbeiter in ihrem billigen Verlangen so weit als möglich zu unterstützen.“

Von den Inhabern der Firma erhofft die Versammlung, daß sie dahin wirken werden, daß diejenigen Angestellten, die erneut die Schwierigkeiten mit den Arbeitern veranlassen, in Zukunft die Arbeiter so behandeln, daß zu Klagen kein Anlaß mehr gegeben ist.“

Aus unseren Bezirken.

Branchenkonferenzen der christl. Textilarbeiter für Nordbayern und Hessen.

Die erste unserer Branchenkonferenzen tagte am 7. Juni für die nordbayrischen und hessischen Ortsgruppen. Kollege Geier-Augsburg konnte nachmittags 2 Uhr in den Suitpölkälen eine stattliche Zahl christl. Textilarbeiter und Arbeiterinnen begrüßen. Delegierte waren von den Ortsgruppen Feil, Forchheim, Marktredwitz, Marktkeugast, Wiesenthausen, Nürnberg, Bamberg, Gauisstadt, Fulda und Grafengetrag anwesend. Nachdem Sekretär Geier die Notwendigkeit und den Nutzen der Konferenz geschildert, hielt Kollege Wittelind sein Referat: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Spinnereien und Webereien im nördl. Franken und Hessen.“ Eingang seiner einhalbstündigen Ausführungen gab er einen Auszug aus dem Bericht der Handelskammer für Oberfranken für das Jahr 1913, dem wir folgendes entnehmen:

Nach dem Bericht der Handelskammer für Oberfranken waren im Jahre 1913 in Oberfranken in Betrieb: Baumwollspinneln 977 441, Zwirnspinneln 105 298, mechanische Webstühle (ohne Handwebstühle) für Baumwollweberei 7839, mechanische Webstühle für Baumwollweberei 6974. Beschäftigt wurden Arbeiter in den Baumwollspinnereien 8417, in den Baumwollwebereien 1385, in der Baumwoll-Rohweberei 3773, in der Baumwoll-Weberei 6393, insgesamt 19.968.

In der Mechanischen Wollindustrie liefen im Jahre 1913 in Oberfranken 2270 Spinneln und 829 Webstühle; in der Wollweberei liefen 353 Doppelfähle und wurden 826 Arbeiter beschäftigt. Ferner laufen in Oberfranken zirka 6000 Handwebstühle auf Wolle und Baumwolle.

Baumwollspinnereien. In Oberfranken bestehen 14 Baumwollspinnereien, von denen 3 auch die Rohweberei, 1 die Weberei und 5 die Zwirnerei betreiben.

Die Zahl der Spinneln wuchs von 1912 auf 1913 um 78 292, sodaß jetzt 977 441 Spinneln in Oberfranken laufen. Die Arbeiterzahl in den oberfränkischen Spinnereibetrieben betrug 8417 gegen 8013 im Jahre 1912. Nach dem Verzeichnis der im Deutschen Reich auf Baumwolle laufenden Spinneln und Webstühle, zusammengestellt von Wilhelm Rieger in Stuttgart, betrug die Gesamtzahl der in Bayern auf Baumwolle laufenden Spinneln Ende 1913: 2 156 471, wovon also nahezu eine Million auf Oberfranken entfallen. Die Gesamtzahl der in Deutschland Ende 1913 laufenden Baumwollspinneln belief sich nach derselben Quelle auf 11 951 583.

Beschäftigt sind in Oberfranken in der Textilindustrie von 1000 Personen zirka 700 weibliche und Kinder. In Hessen dagegen von 1000 beschäftigten Personen 300 weibliche und Kinder. Der Durchschnittslohn eines Familienvaters ist ca. 12—14 Mark wöchentlich. Daher kommt es auch, daß Frau und Kinder mit in die Fabrik müssen, um so viel zusammenzubringen, daß es für den Haushalt reicht. — Daß Kinder schon mit 13 Jahren in den Fabrikbetrieben in Bayern aufgenommen werden, ist sehr zu bedauern. — In Bamberg wurde in diesem Jahre festgestellt, daß 15 Prozent der Schulkinder an Unterernährung leiden. Hier liegen die Ursachen ganz nahe. Referent ist der Ansicht, daß die Frau nicht in die Fabrik gehört, sondern ins Haus, um für ihre Angehörigen zu sorgen und den Haushalt zu führen. Man sollte doch annehmen, daß man es in unserem Zeitalter so weit gebracht hätte, daß der Mann wenigstens soviel verdient, daß er seine Frau und Kinder mit seinem Lohn ernähren kann.

Aus all den Ausführungen kann man ersehen, daß der Textilarbeiter schwer zu kämpfen hat, um sich und seine Familie zu erhalten. Zu alledem kommt noch der Umstand, daß in der Textilindustrie schon seit Jahren eine schlechte Konjunktur herrscht; darunter hat der Textilarbeiter doppelt schwer zu leiden. Den Textilarbeiter trifft die Teuerung aber auch in seiner Eigenschaft als Produzent. Die Teuerung beeinträchtigt den Geschäftsgang und damit die Verdienstmöglichkeit des Textilarbeiters. Was die breiten Volkskreise an Nahrung und Miete mehr aufwenden müssen, sparen sie an der Kleidung. Es werden weniger und schlechte Waren gekauft. Diese Entwicklung schmälert auch den Verdienst des Textilarbeiters.

Noch schlimmer als den Fabrikwebern ergeht es den Handwebern (Heimarbeitern) im Frankenthal. Dort sitzt der Weber in seiner engen Stube von morgens 6 bis abends 9, ja im Winter bis 11 Uhr angestrengt an seinem Webstuhl. Und was verdient so ein Handweber? Man höre folgenden Bescheid:

Bei einer Gerichtsverhandlung in München wurde vor kurzem noch festgestellt, daß ein tüchtiger Handweber, der 6 Jahre für ein und dieselbe Firma gearbeitet hatte, einen Wochenlohn von 8,71 M. durchschnittlich verdient und dabei müssen noch Frau und Kinder mitarbeiten, um auf diesen miserablen Verdienst zu kommen. Im Frankenthal arbeiten noch ca. 6000 Handweber unter diesen traurigen Verhältnissen.

Referent erwähnt dann noch die bestehenden Wohlfahrtsvereine in den Betrieben, wie Fabrikwohnungen, Krankenkassen, Pensionskassen, dann die Fabrikvereine, wie Turn-, Gesangsvereine usw. Diese Einrichtungen sind dem Arbeiter schon zum Nachteil, denn sobald der Arbeiter an der Aneignung dieser sogenannten Wohlfahrtsvereine teilnimmt, ist er der Huld und Gnade seines Herrn unterworfen und er ist nicht mehr der freie Mann, sondern er ist gebunden. Kurz, aus den Ausführungen des Referenten ist zu ersehen, daß der größte Teil der Textilarbeiter im nördlichen Bayern um die Existenz kämpfen zu müssen hat.

Die hieran anschließende Diskussion bestätigte das, was Sekretär Wittelind ausführte. Nur von Delegierten aus Fulda konnte man erfahren, daß in Hessen die Verhältnisse bedeutend besser sind, als hier in Nordbayern. Dort wird in der Textilindustrie keine Frau beschäftigt, Kinder mit 13 Jahren dürfen nicht aufgenommen werden und die Lohnverhältnisse sind bedeutend bessere. Das verdanken die Arbeiter aber nur der Organisation. — Kollege Geier-Augsburg erwähnte alle zur Mitarbeit im christl. Textilarbeiterverband. Der einzelne kann nichts ausrichten, nur ein Zusammenschluß der Arbeiter ist von großem Wert, und darum hinein in den Verband christl. Textilarbeiter. Mit einem Hoch auf den Verband christl. Textilarbeiter schloß Kollege Geier die in allen Teilen gut verlaufene Konferenz.

Für den übrigen Teil unseres bayrischen Bezirkes fanden Konferenzen statt: am 11. Juni in Augsburg und am 14. Juni in Regensburg. Auch diese Konferenzen nahmen einen sehr guten und fruchtbaren Verlauf. Als Vertreter des Zentralvorstandes war unser Zentralvorsitzender, Kollege Schiffer, anwesend. Wir kommen auf diese Konferenzen noch ausführlich zu sprechen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Genosse Bernthaler und der König. Herr Bernthaler hat sich der repräsentativen Pflicht seiner Stellung gegenüber dem König nicht entzogen...

Es ist begreiflich, daß man sich über Bernthalers Verfassung vor dem König in der Stadt allenthalben seine Gedanken gemacht hat. Für gewöhnlich läßt man sich ja nicht gerade dem König vorstellen und noch dazu bei so offizieller Gelegenheit...

Falkenstein i. V. Abwanderung von Textilarbeitern. Die Greizer Neuesten Nachrichten melden: Die anhaltende Krise in der Lederindustrie hat zur Folge, daß zahlreiche Arbeitskräfte von hier abwandern und anderwärts Arbeit suchen...

M.-Glabbach. Die Entwicklung der Arbeitszeit in der Gladbacher Industrie. Hinsichtlich der Arbeitszeit hat es früher hier am Orte geradezu unheimliche Zustände gegeben. Wir finden hier wieder bestätigt, daß lange Arbeitszeit und geringer Verdienst immer zusammen zu finden sind...

Dieser Zustand fand sich vor, als in Glabbach unser Verband gegründet wurde. Schon die ersten Bewegungen zeigten, daß den Arbeitern die Arbeitszeit zu lang war.

gelehrt, daß die Arbeiter in 10 Stunden nach einer Uebergangszeit durch intensiveres arbeiten gerade so viel produzierten, als früher in 11 Stunden. Seitens der Spinnerien wurde dem Bestreben der Arbeiter hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt.

Mit dieser Novelle wurde die Arbeitszeit an Samstagen auf acht Stunden beschränkt. Dieser Umstand hat manche Firma bewegen, für diesen Tag eine andere Arbeitszeit einzuführen. In diesen Firmen arbeitet man nur eine Schicht, die in der Regel von einer einhalbstündigen Pause unterbrochen wird.

Wie wir aber im vorstehenden gesehen haben, sind die Unternehmer nicht leicht für eine Verkürzung der Arbeitszeit zu haben. Sie haben nur der Not gehorchend sich hierzu verstanden.

M.-Glabbach-Gilden. Daß auch zu einer Zeit niedergehen der Konjunktur mit Hilfe der Organisation Erfolge für die Arbeiterschaft zu erringen sind, zeigte uns treffend der Bericht des Bezirksleiters Kollegen Hermes auf unserer Mitgliederversammlung am 13. Juni cr.

Hirzingen. Wegen die hiesige Firma Lang u. Cie. (Spinnerei und Weberei) ist kürzlich vor dem Kaiserl. Landgericht eine Klage entschieden worden, die bezüglich der Beschäftigung von Arbeiterinnen eine prinzipielle Bedeutung hat.

Schönau (Wiesental). In unserem Industriekädtchen haben sich die Arbeiter der beiden Textilbetriebe Schönau-Brand und Schönau-Buchen im christlichen Textilarbeiterverband organisiert, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren und zu fördern.

Schönau (Wiesental). In unserem Industriekädtchen haben sich die Arbeiter der beiden Textilbetriebe Schönau-Brand und Schönau-Buchen im christlichen Textilarbeiterverband organisiert, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren und zu fördern.

ganzen Textilindustrie veranlaßt haben. Ferner wird von diesen Herren behauptet, wenn der Verband nicht wäre oder die Leute aus demselben austreten würden, hätte die Firma den Lohn der Arbeiter schon längst aufgebessert.

Versammlungskalender.

- Wettlach. 4. Juli, 1/2 Uhr, bei Joachim Siebels, Generalversammlung.
Burgwaldbühl. 5. Juli, gleich nach dem Hochamte, bei Jakob Klüfer, Generalversammlung.
M.-Glabbach-Blumenberg. 5. Juli, 11 Uhr, bei Peter Hermes, Waldhauserstraße, außerordentliche Generalversammlung.

Adressenänderung.

Das Allgäuer Sekretariat in Rempten befindet sich ab 14. Juli nicht mehr tatb. Vereinshaus, sondern Sonnenbaderstraße Nr. 38. Mit kollegialem Gruß! Max Hartmann.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Peter Schmitz in M.-Glabbach. Theresia Recker in Brand. Wilhelm Schröter in Greiz. Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

- Bild der Fräule. - Artikel: Arbeiter und Wohnungsfrage. - Die Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. - Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Deutschland. - Schwarzmarktreien im bayerischen Industriellenverband.